

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3.00 M. monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonnabend, den 23. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Das Ende der Regierung Clam-Martinic.

Endgültige Demission des österreichischen Kabinetts.

Wien, 21. Juni. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) In den Abendstunden wurde im Parlament bekannt, daß Ministerpräsident Graf Clam Martinic, da sich gegenwärtig die Unmöglichkeit ergab, ein durch Aufnahme von Landmannministern erweitertes Kabinett zu bilden, dem Kaiser die Bitte unterbreitet hat, den Rücktritt des gesamten Kabinetts anzunehmen und eine andere Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Wien, 22. Juni. Der Kaiser hat die Demission des Kabinetts angenommen.

Clam-Martinic verschwindet endgültig aus dem Vordergrund der politischen Bühne. Nach dem oppositionellen Beschluß des Polenklubs strebte er zwei Zielen zu: ein großes, auf längere Zeit berechnetes Konzentrationsministerium zu schaffen, in dem die Nationen durch Landmannminister vertreten sein sollten, oder im Falle des Mißlingens dieses Planes die Polen durch Zugeständnisse wenigstens für die Annahme des Budgetprovisoriums zu gewinnen.

Die verfehlte Politik des Grafen Clam-Martinic illustriert nichts besser als sein Versuch, ein „Konzentrationsministerium“ durch Ernennung von sechs Landmannministern zu schaffen, wovon auf die Deutschen zwei, auf Polen, Tschechen, Südslawen und Ruthenen je einer entfallen sollten.

Sieben Monate war Graf Clam-Martinic im Amt und sechs Monate hatte er verstreichen lassen, ohne auch nur einen Finger für eine wirksame Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit zu rühren. Ja, er hatte bereitwillig das Erbe Stuerghs angetreten, vor dem Kärber zurückgedrückt war, und den Deutschbürgerlichen gegenüber die Verpflichtung übernommen, Slowen und deutsche Arbeiter durch das laudinische Reichsrats zu schützen.

Am letzten Augenblick hat Graf Clam-Martinic das sinkende Vertrauen zu seinem Kabinett durch Berufung unseres als Staatsrechtler, Finanzpolitiker und Volkswirtschaftler hervorragenden Genossen Dr. Kerner zu heben versucht.

Selbstverständlich! Denn Kerner ist zu gut, seine Arbeitskraft zu wertvoll, als daß er leichtfertig als Paradebild eines Ministeriums ohne klaren Willen und feste Energie abgenützt werden dürfte.

Wir glauben, daß sich die österreichischen Genossen einem solchen Ministerium, das den nationalen Ausgleich schafft, die schwereren sozialen Kriegsschäden heilen will und würden. In politisch weiter vorgeschrittenen Ländern anerkennen auch die Sozialisten aus langer Erfahrung den hohen Wert der tätigen, wirkenden, verantwortenden Arbeit durch

ihren Eintritt in die Regierung, ohne sich deshalb zu schnödem Opportunismus zu bekennen. Man kann auch nicht sagen, daß der Eintritt eines Sozialdemokraten in die Regierung eines kriegsführenden Staates unzulässig sei.

Die braven Deutschen der alten Zeit aber werden wie Meister Anton die Welt nicht mehr verstehen. In Ungarn wird der Autokrat Tisza aus Amt und Würden unsanft entfernt und die Einführung eines radikalen Wahlrechts als Parole des Königs ausgerufen; in Oesterreich bekennt sich der Kaiser in seiner Thronrede zur Demokratie und läßt einem Sozialdemokraten ein Ministerium antragen.

Das sind sicher Zeichen dafür, daß der Wille zur Erneuerung vorhanden ist. Ob er sich kraftvoll genug durchsetzen wird, ist eine andere Frage.

Das große Ziel, in Deutschland wie in Oesterreich, muß es sein, die feindliche Legende zu zerstören, daß diese Staaten und ihre Völker einer Befreiung von außen bedürften. Die Advokaten der sogenannten „Machtpolitik“ sind darum hüben und drüben in diesen Zeiten die gefährlichsten Veräter, die Vorkämpfer der Demokratie, der nationalen Freiheit jedes einzelnen Volkstamm im Rahmen des Staats sind die besten Freunde ihres Vaterlandes, denn sie führen die moralische Landesverteidigung, die nicht weniger notwendig ist als die physische.

Der freiheitliche Ausbau Oesterreichs zu einem Staatswesen, in dem alle Nationen Ellenbogenfreiheit für ihre kulturelle und politische Entwicklung finden, ist eine gemeinsame Lebensnotwendigkeit der Mittelmächte.

Das Abgeordnetenhaus hat sich mit Rücksicht auf die Ministerkrise bis Dienstag vertagt. Bis zum 30. Juni muß das Budgetprovisorium erledigt und die Krise gelöst sein.

Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses beantragte der Berichterstatter Steinwender statt eines sechsmonatlichen ein viermonatliches Budgetprovisorium und forderte Begrenzung der in unbeschränkter Höhe angeforderten Kredite auf sechs Milliarden.

Erfreulich in der trüben Zeit sind zwei Erklärungen tschechisch-slawischer Sozialdemokraten. Tusa sagte: „Die Tschechen, insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten stehen vorbehaltlos auf dem Boden des Staates“ und Tomasek bemerkte sehr richtig: „Statt von Grund auf mit dem Neuaufbau des Staates zu beginnen, nähert man sich soeben wieder einer neuen Vereinbarung, die nichts verwirklicht als die Forderung des Tages.“

Die dänische Regierungskrise.

Kopenhagen, 22. Juni. (Meldung des Bureau Nihau.) Nachdem Minister J. G. Christensen in einer Versammlung der Partei der Linken die gegenwärtigen politischen Verhältnisse skizziert und dabei hervorgehoben hatte, daß das Abkommen vom 30. September 1916 als gegenstandslos anzusehen sei, wenn Rothböll auf Verlangen der Konservativen seinen Abschied als Minister erhalte, schloß sich die Partei seinem Standpunkt an und ermächtigte ihn, in den nächsten Tagen sein Abschiedsgesuch einzulegen.

Arbeitszeitverkürzung in den Berliner Eisenbahnwerkstätten.

Seit längerer Zeit herrschte Unzufriedenheit unter den Arbeitern der Berliner Eisenbahnwerkstätten über die lange Arbeitszeit, die ihnen zugemutet wird. Seit drei Jahren sind regelmäßig Ueberstunden gemacht worden, so daß die tägliche Arbeitszeit in der Regel auf 11 Stunden ausgedehnt war.

In den letzten Tagen haben die Eisenbahnarbeiter energische Schritte unternommen, um die tägliche Arbeitszeit auf das normale Maß von 9 Stunden zu verkürzen. Diese Bewegung ist spontan unter den Arbeitern entstanden.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, der sich der spontan ausgebrochenen Bewegung in diesem Stadium annahm, hielt gestern eine Versammlung im Lehrervereinshaus ab, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte.

Die Versammelten verpflichten sich, für die Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit voll und ganz einzutreten und den Arbeiterschuß zu veranlassen, nicht für einen Lohnausgleich wegen der fortfallenden Ueberstunden, sondern für eine Lohnerhöhung einzutreten.

Stockholm.

In Erwartung der russischen Delegation.

Stockholm, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das holländisch-standinowische Komitee gibt bekannt: Verschiedene sozialistische Parteien haben sich anlässlich des Empfanges der im Namen des russischen Arbeiter- und Soldatenrats ergangenen Einladung zu einer allgemeinen Konferenz beim holländisch-standinowischen Komitee nach der Einberufung eines allgemeinen Kongresses aller an der Internationale angeschlossenen Parteien erkundigt.

Privaten Mitteilungen zufolge ist die russische Delegation bereits von Petrograd abgereist. Sie wird in diesen Tagen in Stockholm eintreffen. Die Beratungen mit der russischen Delegation werden in aller nächster Zeit also stattfinden können; sie werden sich auch auf die Bedingungen, unter welchen die Teilnahme am Kongreß stattfinden soll, und auf die Einladung erstrecken.

Der Zeitpunkt der Tagung des Kongresses soll so gewählt werden, daß es allen Parteien möglich ist, ihre Delegierten nach Stockholm entsenden zu können.

Das linkssozialistische Organ „Politiken“ berichtet, der russische A. und S. Rat habe 16 Delegierte für die Welt-Konferenz in Stockholm bestimmt. Das Zustandekommen der Konferenz werde ernstlich betrieben. Sie soll am 28. Juni (alter Zeitrechnung, das ist nach unserem Kalender der 8. Juli) stattfinden.

Die französische Minderheit und die Syndikalisten ersuchten den russischen A. und S. Rat auf telegraphischem Wege, bei der französischen Regierung für die Erteilung der Pässe an die Stockholmer Delegierten zu wirken, damit diese in Stockholm den internationalen Sozialismus verteidigen können.

Die Vertretungen des holländisch-standinavischen Komitees mit den Amerikanern sind beendet. Morgen wird das Komitee über die Verhandlungen ein Communiqué veröffentlichen. Die holländischen Mitglieder Troelsstra und Alberda reisen am Montag nach Holland zurück, da sie infolge ihrer Wiederwahl ins Parlament bereidigt werden müssen.

Stockholm, 22. Juni. Laut „Socialdemokraten“ wird die Ankunft der deutschen sozialdemokratischen Minderheit für heute erwartet.

Die amerikanische Delegation in Stockholm.

Einer Depesche aus Washington zufolge hat die Ankunft der amerikanischen Delegierten in Stockholm großes Erstaunen in der amerikanischen Presse hervorgerufen. Man bemüht sich auch sehr, den Delegierten sowie ihren Organisationen jegliche Bedeutung abzusprechen. Hiergegen erklärt der Stockholmer „Socialdemokrat“, daß nach Mitteilung des holländisch-standinavischen Komitees Goldfarb von der Socialist Party in richtiger Weise delegiert worden ist. Reinstein habe in einer Zeit von über 25 Jahren für den Sozialismus in den Vereinigten Staaten gekämpft und ist außerdem Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureaus für Amerika. Dabidovitch ist Vertreter einer jüdisch-amerikanischen Organisation und seine Vollmacht ist in der vollständigsten Weise ausgefertigt. In bürgerlichen Kreisen Amerikas, schreibt „Socialdemokrat“ weiter, scheint man übrigens an sozialen und sozialistischen Fragen so wenig interessiert zu sein, daß die Unbekanntschaft mit diesen Männern gar nichts Ueberraschendes bietet.

Die italienische Sozialdemokratie und der Annexionismus.

Stockholm, 21. Juni. Zwei der sieben aus Petersburg in Stockholm eingetroffenen italienischen Sozialisten, Padriola und Raimondo erklärten einem Mitarbeiter von „Apostroph“, daß die italienische Sozialdemokratie zwar den Frieden wünsche, aber nicht auf die Lösung „Ohne Annexionen und Entschädigungen“ eingehen könne. Es sei unmöglich, auf diesem Grundlag einen dauernden Frieden aufzubauen, da ja dann die Kriegsverhältnisse, wie Elfaß, Lothringen und Trient unverändert bestehen bleiben würden. Im übrigen habe man seine Berechnungen darauf, daß Deutschland in sechs bis sieben Monaten vollständig vernichtet sein werde. Rußland werde auf keinen Sonderfrieden eingehen, sondern im Gegenteile eine vielfältigste Tätigkeit bei seinen militärischen Unternehmungen entwickeln.

Sonderkongress der Entente-Sozialisten?

Amsterdam, 21. Juni. Reuter meldet aus London: Das vermutliche Resultat des Besuches Henderson in Rußland werde sein, daß ein internationaler Kongress von Arbeitern und Sozialisten aus den alliierten Ländern nach London berufen werde.

Schon einmal — vor zwei Jahren — hat ein solcher Kongress in London getagt. Er erhob aber nicht den Anspruch, als ein internationaler zu gelten. Ein Kongress der Sozialisten der Entente-Länder wollte er sein, und es kam darauf an, den Geist zur Geltung zu bringen, der damals die französische Partei vorwiegend beherrschte. Wenn jetzt ein solcher Sonderkongress zustande kommt, so wird er nach allem, was inzwischen in der französischen Partei zutage getreten ist, anders geartet sein als sein Vorgänger. Vermutlich wird sich diesmal nicht wieder wie damals ein nationaler Sturm des Unwillens erheben, wenn ein sozialistischer Minister sich erdreisten sollte, an der Tagung aktiv teilzunehmen. Man wird vielmehr jetzt seine Teilnahme wahrscheinlich für höchst erwünscht halten, damit ein Resultat zustande kommt, mit Hilfe dessen die Gefahr, die sich mit dem Abstimmungsumschwung des letzten französischen Parteitagess anknüpfte, sich irgendwie beschwören läßt. Aber was auch geschehen wird, die Konferenz — wenn es dazu kommt — wird ihre Bedeutung erst durch ihre Beziehung auf den Stockholmer Kongress erhalten. Sie wird nicht mehr als eine Vor-Konferenz dieser allgemeinen Tagung sein, und der Wille der russischen Sozialdemokratie wird über ihr sein.

Venizelos für Wiedervereinigung.

Proskriptionen — Venizelos im Piräus. Die Entente ist an der Arbeit, die Vorbedingungen für ein neues Regiment Venizelos in Griechenland zu schaffen. Die „Times“ vernimmt aus Athen, daß Venizelos und Jonnart in Saloniki einen Entwurf betreffend die Wiedervereinigung Griechenlands aufgestellt haben. Das Kabinett Jaimis werde revidiert werden, und zwar in der Weise, daß in die Hände von Venizelisten das Ministerium des Auswärtigen, das Justizministerium und das Kriegsministerium gelegt werden sollen. Ungefähr 400 Kreischer Gendarmen werden die Polizei bilden. Eine Anzahl Offiziere der Armee in Saloniki wartete bereits in Samaläs darauf, in Athen in Funktion zu treten, sobald die venizelistischen Minister ihre Ämter übernommen haben. Durch Dekret werden alle Beamten der vorläufigen Regierung in ihren Ämtern bestätigt werden.

Inzwischen werden die Gewaltmittel, die im Kriege für „normal“ gelten, in Anwendung gebracht, um dem Lande die Form aufzupressen, die den Ententevänschen nach Sicherheit entspricht. Reuter meldet aus Saloniki: Obgleich Thessalien nicht gänzlich von den Truppen der Alliierten besetzt wurde, sei das Ziel der Expedition doch erreicht. Der Versuch einzelner griechischer Offiziere der im Peloponnes internierten Armee, sich die Ritze der dortigen Truppen für die Bildung einer Sonderregierung zu sichern, scheint mißglückt zu sein. Die Bewegung sei in gewissen Kreisen für ernst angesehen worden.

Natürlich schafft man sich die mißliebigen Personen kurz und bündig nach schon früher gegen deutsche Konsuln und Gesandte erprobtem Rezept vom Hals. Wie Panas meldet, hat das Ministerium des Innern am 18. Juni eine Liste der aus Griechenland ausgewiesenen Persönlichkeiten veröffentlicht. Sie enthält dreißig Namen, darunter Gunaris, Streit, Perkuris, Vater und Sohn, Doudmanis, Metagas, Eghin und Sogah, den Führer des Refektorienverbandes, sowie seinen Sohn. Gunaris und dreißig

Englische Einzelvorfälle erfolglos — Heftiger Kampf um die Gräben bei Baugailon Deutscher Sturmgewinn am Pochberg.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 22. Juni 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Hjern bis Armentières abends und nachts in einigen Abschnitten sehr rege Feueraktivität. Englische Vorfälle nordwestlich von Warneton und östlich von Douplines wurden zurückgewiesen.

Zwischen La Bassée-Kanal und Seneé-Bach war zeitweilig das Feuer lebhaft. Ein Angriff der Engländer, der gestern morgen südwestlich von Lens einschloß, scheiterte verlustreich im Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Mit großer Hartnäckigkeit suchten die Franzosen die bei Baugailon verlorene Stellung zurückzuerobern. Gestern vormittag liefen sie nach starkem Feuer viermal unter Einsatz frischer Kräfte an. Nach jähem Nahkampf verdrängten sie unsere Truppen aus einem Teil der Gräben nordöstlich von Baugailon, die weiter südlich angelegten Angriffe hatten keinen Erfolg; der Feind erlitt hier durch unsere Abwehr hohe Verluste.

Rege Kampftätigkeit herrschte in der westlichen Champagne. Morgens griffen die Franzosen am Sattel östlich des Cornillet an und drangen in unsere Linien ein. Gegenstände verhinderten sie, den errungenen Vorteil auszubauen.

Abends brachen unsere Stoßtruppen nordöstlich von Brunay und südwestlich von Rouroy in die französischen Gräben ein und holten 30 Gefangene und Beutestücke zurück.

Am Pochberg, südöstlich von Moronvilliers, gelang ein

andere der Proskribierten haben sich bereits eingeschifft. — Zugleich aber kommt die Nachricht, daß Venizelos im Piräus gelandet ist. Unter den 103 unter Aufsicht gestellten Personen befinden sich Dragumis, Staludis, Lambros, Tsellos, der Minister des Innern im Kabinett Lambros war. Eine gewisse Anzahl von Offizieren aller Stabe werden sämtlich überwacht und müssen Athen verlassen. Sie werden an Orte gebracht werden, wo es ihnen unmöglich sein wird, zu fliehen. Und das alles wird die französische Regierung mit der Berufung auf Recht und Gerechtigkeit beden.

Die Erklärung Grimms.

Stockholm, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Grimm übergab bei der Niederlegung der Leitung der Zimmerwalder Gruppe die Geschäfte einem hier eingesetzten Komitee, das aus den schwedischen Linkssozialisten Carlsson und Nerman besteht.

Der Hergang der Ausweisung.

Stockholm, 20. Juni. (Svenska Telegrambyrå.) Nationalrat Grim veröffentlichen eine Erklärung über die Umstände seiner Ausweisung aus Rußland, in der er sagt: Am 9. Juni seien Axelrod und Martoff bei ihm erschienen und hätten ihn gefragt, ob der schweizerische Gesandte in Petersburg Friedensvorschlüsse der deutschen Regierung zur unmittelbaren oder mittelbaren Übermittlung an die russische Regierung ihm übergeben oder ein dahingehendes Ansinnen an ihn gerichtet habe. Es gebe ein derartiges Schriftstück, in dem der Name Grimms erwähnt und das von einem russischen Agenten in Bern an das Ministerium des Innern in Petersburg gelangt worden sei. Er, Grimm, habe beide Fragen verneint und diese Verneinung schriftlich zu Händen der Minister Tseretelli und Stobeleff bestätigt und hinzugefügt, er lehne es überhaupt grundsätzlich ab, den Vermittler von Friedensplänen imperialistischer Regierungen zu spielen. Diese Erklärung sollte am folgenden Tage in der „Isvestia“ erscheinen. Die Sache eilte. Man wollte, sagte Grimm, Angriffen der bürgerlichen Presse zuvor kommen und durch rechtzeitige Abwehr auch eine Einmischung des in Rußland weilenden französischen Munitionministers Albert Thomas vermeiden. Am nächsten Tage enthielt die „Isvestia“ aber die Erklärung nicht. Man sagte jetzt, daß weitere Nachforschungen über das Vorhandensein des Schriftstückes angestellt würden.

Am 13. Juni erhielt Grimm auf sein Verlangen durch Vermittlung Tseretellis und Stobeleffs eine Abschrift der Berner Depesche an den Schweizer Gesandten in Petersburg, die am folgenden Tage veröffentlicht werden sollte. Grimm sollte aber Gelegenheit haben, vor deren Veröffentlichung eine Erklärung zu erlassen. In dem Entwurf dieser Erklärung führte Grimm aus, daß eine solche Depesche ihm weder unmittelbar noch mittelbar zugehört worden sei. Wenn das Telegramm ein deutscherselbst unternommener Versuch sei, seine Anwesenheit in Petersburg zugunsten der Zwecke des deutschen Imperialismus und eines deutschen Sonderfriedens auszunützen, so betrachte er einen solchen Versuch als eine Herausforderung. Die Minister hätten jedoch eine schärfere Spitze gegen die deutsche Regierung und einen scharfen Angriff gegen die Schweizer Regierung verlangt, was er trotz der Drohung mit seiner Verhaftung und schimpflichen Ausweisung abgelehnt habe. Schon deswegen habe er sich auf diese Zumutung nicht einlassen können, weil der Ursprung des Telegrammes noch keineswegs festgestellt war.

Später vereinbarte Grimm mit einigen politischen Freunden einen neuen Entwurf einer Erklärung, der den Ministern unterbreitet wurde und deren Inhalt schon durch die Petersburger Telegrammen-Agentur veröffentlicht wurde. Die Minister blieben aber bei ihrer Meinung, auch diese Erklärung genüge nicht. Martoff und Axelrod unterstühten Grimm; es wurde keine Einigung erzielt.

Die Verhandlungen waren bisher streng vertraulich geführt worden, nun aber erklärte die Partei Grimms durch Martoff, man fühle sich durch kein Geheimnis mehr gebunden; Grimm selbst werde sich zwei bis drei Tage zur Verfügung der russischen Regierung halten, nachdem seine Abreise schon früher für den 15. Juni vorgesehen war. Freitag am späten Nachmittag wurde Grimm in die Wohnung Stobeleffs gerufen; er begab sich, von Axelrod begleitet, dorthin und traf dort Tseretelli, später auch Stobeleff. Ohne weiteres wurde ihm erklärt, die Minister länden seine Erklärung ungenügend. Die Regierung beabsichtige keine Maßnahmen gegen ihn; da aber zu befürchten sei, daß nach der Veröffentlichung des Sachverhaltes Ausschreitungen entstehen könnten, werde er höflich gebeten, sofort abzureisen, wovon er willigte. Die Abreise Grimms wurde darauf außerst beschleunigt. Am folgenden Tage verließ Grimm Petersburg und erreichte die Grenze ohne irgendwelche Schwierigkeiten.

Zum Schluß erklärte Grimm, er halte es für unier seiner Würde, sich gegen den Vorwurf, er sei deutscher Agent, zu verteidigen und gehe über eine solche Verdächtigung mit Verachtung hinweg. Bevor sie auseinandergingen, fragte Grimm Tseretelli und Stobeleff als Sozialisten, nicht als Minister, ob sie ihn für fähig hielten, die Rolle eines Agenten irgendeiner Macht zu spielen. Beide verneinten die Frage und erklärten, sie bewärent es, daß er in seiner Erklärung nicht scharfer aufgetreten sei.

sorgsam vorbereiteter Angriff in vollem Umfang. Teile von thüringischen und Altenburger Regimentern nahmen nach kurzem Feuerüberfall die feindliche Stellung in 400 Meter Breite. Ueber 100 Gefangene wurden eingebracht. Während der Nacht setzte der Gegner sieben heftige Gegenangriffe an, die ihm nur unwesentlichen Gewinn brachten.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Wieder war bei Smorgon, westlich von Luck, an der Bahn Hloczow—Tarnopol und an der Karajowka die Gefechtsaktivität lebhaft.

Mazedonische Front.

In der Struma-Ebene Postengeplänkel.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 22. Juni 1917, abends.

Im Westen bei Regenfällen nur geringe Feueraktivität. Erfolgreicher Vorstoß südöstlich Filain, nördlich der Klone.

Sonst nichts Besonderes.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Juni 1917. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

In Galizien dauert die gesteigerte Feueraktivität an. Sonst ist die Lage überall unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Obier nach Bern berufen.

Bern, 22. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depeschagen-agentur.) Der Bundesrat hat beschlossen, den Gesandten Obier aus Petersburg zu mündlicher Berichterstattung zu berufen.

England und der U-Boot-Krieg.

Die Lebensmittelfrage.

Bern, 22. Juni. Walhurst versicherte auf der Ausstellung für sparteische Lebensmittelwirtschaft in Cheltenham am 18. Juni: Deutschland kann uns nicht anhungern. Daran schloß er aber folgende Ausführungen: Man solle nicht in den Fehler verfallen anzunehmen, daß die Tätigkeit der Tauchboote abnehme. Letztere suchten sich jetzt Schiffe von größerem Raumgehalt aus, was in der amtlichen Verluststatistik nicht zum Ausdruck komme. Biewohl die Handelschiffe jetzt fast alle bewaffnet und häufig imstande seien, die Tauchbootangriffe abzuwehren, seien die Verluste anhaltend ernst, und es sei keineswegs unwahrscheinlich, daß der Juni eine schlimmere Zahl ausweisen werde, als der Mai. Wenn England den Krieg gewinnen wolle, seien drei Dinge nötig: Vergrößerung, Verminderung Verbrauch von Lebensmitteln und vor allem sparsames Haushalten damit. Der Redner führte weiter aus, die von der Admiralität zugestandene unbedingte Bevorzugung der Getreideberichtigungen erreiche demnächst ihr Ende. Selbst Sonderchiffe für Gefrierfleisch wären jetzt hin für den Getreideexport herangezogen worden, was bedenklich einer der Gründe für die hohen Rindfleischpreise sei. Die Regierung habe während der letzten Wochen Weizen und Jucker zu höheren Preisen eingekauft als zu denen, die im Kleinhandel dafür verlangt würden. Eine Besserung des Juckermarktes sei nicht zu erwarten. Vor zwei Monaten seien innerhalb zehn Tagen 40 000 Zentner Jucker verlost worden. Walhurst betonte, während des weiteren Verlaufes des Krieges werde England mehr und mehr auf die in der Heimat erzeugten Nahrungsmittel angewiesen sein. Keinerlei Körnerfrucht werde während der Wintermonate für Futterzwecke verfügbar sein und nur die Hälfte der üblichen Nationen für die Arbeitspferde.

Der Smithfeld-Statist zufolge betrug die englische Fleischzufuhr in der am 18. Juni endenden Woche 2424 Tonnen gegen 3857 Tonnen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Veröffentlichung bemerkt dazu: Der Fleischverbrauch sei annähernd der gleiche wie im Vorjahre, während die Zufuhr, besonders bei Rindfleisch und Hammelfleisch, bedeutend zurückgehe, woraus sich die hohen Preise erklären.

Rundgebung der englischen Eisenbahner.

Bern, 22. Juni. Der Nationalverband der englischen Eisenbahner veranstaltete am 17. Juni im Hyde Park eine große Rundgebung gegen die Aufhebung der Grundzüge der Gewerkschaften und gegen die industrielle Dienstpflicht sowie zugunsten eines dauernden, die Heimbevölkerung vom Fluche des Militarismus befreienden Friedens. Der Generalsekretär des Verbandes, Thomas, führte aus: Die Lebensmittelverwaltung in England sei ein öffentlicher Skandal. Die zunehmende Verteuerung des Lebensunterhaltes sei unvereinbar mit den bedeutenden Gewinnen, welche die Bilanzen der Gesellschaften aufwiesen.

Der verbotene Ukrainer Soldatenkongress.

Stockholm, 22. Juni. Russischen Blättern zufolge erhoben die ukrainischen Soldaten heftigen Widerspruch gegen das von Kerenski erlassene Verbot gegen die Abhaltung eines ukrainischen Soldatenkongresses. Der Kriegsminister erhielt zahlreiche höflich gehaltene briefliche und drakliche Proteste ukrainischer Soldaten. Ukrainische Offiziere gaben die Erklärung ab, trotz des Verbotes doch einen Kongress in Kiew abhalten zu wollen.

Die Kriegslage.

Die militärische Lage in der letzten halben Woche stellt sich im allgemeinen folgendermaßen dar: An der Westfront dauern die Kämpfe fast ununterbrochen an. Die Engländer scheinen sich für eine neue Offensive vorzubereiten und umzugruppieren. Längs des Chemin-des-Dames und in der Westchampsagne fanden in den letzten Tagen Kämpfe statt, wobei das französische Artilleriefeuer auf der ganzen Front in wechselnder Stärke anhielt. Deutsche Vorfälle am Damenweg brachten uns verschiedene Vorteile und Gefangene ein, während die Franzosen in der Nähe von Hurtebise erfolglos Vorfälle versuchten. In den Vogesen Ruhe. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der rumänischen Front bis auf wenige abgeseilte Erkundungsvorfälle bei Orzegan nur das übliche geringe Artilleriefeuer. Italienische Front: Der Brennpunkt der Kämpfe hat sich nunmehr vom Plödenabschnitt auf die Hochfläche der Sieben Gemeinden verschoben, wo nach kurzer Artillerievorbereitung am 19. die italienischen Infanterieangriffe auf 25 Kilometer Front von Astago bis zum Suganatal einsetzten. Nur am Cima dieci gelang es den Italienern, teilweise in den vordersten österreichischen Gräben Fuß zu fassen. In Thessalien haben nach der vorangegangenen Besiegung von Larissa, Solo usw. die Franzosen, von Norden her vor-

bringen, nun auch Paros und Furla besetzt. Die Italiener haben dagegen im Süd- und Westpazifik Fuß gefasst und dabei insbesondere den wichtigen Hafenplatz Pireja in die Hand bekommen. Die Engländer haben nach der vorhergehenden Besetzung ionischer Inseln nunmehr auch Truppen in Patia, am Golf von Patras gelandet und damit neue Stützpunkte nach Ägypten geschaffen.

Die Kämpfe bei Vauxaillon.

Französischer Heeresbericht vom 21. Juni nachmittags. Der gestrige deutsche Angriff auf die Bobenville östlich von Vauxaillon war außerordentlich heftig. Er war durch eine mächtige Beschließung vorbereitet und wurde von besonderen Sturmtruppen ausgeführt, die frisch gebohen erst von der russischen Front angekommenen Divisionen angehörten. Der Angriff stieß auf erbitterten Widerstand unserer Truppen. Alle Anstrengungen der Deutschen, die im ersten Anlauf erzwungenen Vorteile zu erweitern, wurden im Feuer und durch Gegenangriffe gebrochen. Die Deutschen konnten schließlich nur in unseren Gräben der ersten Linie an zwei Stellen, südlich vom Affenberg auf einer Front von ungefähr 400 Meter und nördlich vom Pachtose von Croisilles auf einer Strecke von 200 Meter, eindringen. Eine kräftige Gegenoffensive unserer Truppen gestattete uns heute morgen, den südlich vom Affenberg besetzten Teil zurückzuerobern, wo wir zahlreiche Leichen fanden, die die erheblichen deutschen Verluste beweisen. Wir machten 50 Gefangene. In der Champagne brachte uns eine lebhaft durchgeführte Teilkampfbewegung einige Fortschritte nördlich des Cornilletberges, wobei wir Gefangene machten und 5 Maschinengewehre erbeuteten.

Vom 21. Juni abends. Im Laufe des Tages wurde der Kampf mit Vorteil für uns östlich von Vauxaillon fortgesetzt. Ein Gegenangriff unserer Truppen auf einen Teil der vom Feind im Abschnitt des Gebüses Roisy besetzten Gräben zeitigte gute Ergebnisse. Wir haben zurzeit alle unsere Stellungen mit Ausnahme 400 Meter nordöstlich von dem Gebüts, wo sich feindliche Abteilungen noch halten, wiedergewonnen. Der Artilleriekampf blieb sehr lebhaft in der ganzen Gegend. Zwischen Hurtebise und Craonne ziemlich heftige Beschließung unserer vorderen Linien. In der Champagne wurde der heute vormittag von unseren Truppen nordöstlich vom Cornillet-Berge erzwungene Fortschritt unter besonders glänzenden Umständen vervollständigt. Versuche der Deutschen, gegen 3 Uhr die Stellungen zurückzuerobern, die wir ihnen am 18. Juni zwischen dem Cornillet-Berge und dem Mond-Berge entriessen hatten, wurden durch unsere Granatwerfer vereitelt, die ihrerseits zum Angriff übergingen und die feindlichen Abteilungen bis in ihre Ausgangsgräben, deren sie sich bemächtigten, verfolgten. Wir haben so einen Fortschritt von 300 Meter Tiefe in einer Ausdehnung von 600 Meter erzielt. Hunderte von feindlichen Leichen sind auf dem Gelände geblieben.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 21. Juni. Im Atlantischen Ozean wurden neuerdings eine Reihe feindlicher Handelsschiffe mit wertvoller Ladung durch unsere U-Boote vernichtet. Unter den versenkten Dampfern befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer Drumcliffe (4072 To.) mit Kriegsmaterial nach Russland, Parthenia (5160 To.) mit Hafer und Couch (3247 To.) mit Stützgut.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 21. Juni. Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal:

31 500 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich: der englische, tiefbeladene, frühere deutsche Dampfer Weg, ein beladener englischer Dampfer von Größe und Aussehen des Knight Companion (7241 T.), ein italienischer bewaffneter Dampfer mit 4000 T. Kohlen, der französische Segler Vigoreuse mit einer Ladung Eisenerz nach England, ferner ein großer unbekannter bewaffneter Dampfer, ein Deldampfer von mindestens 5000 Br.-R.-T. und zwei große tiefbeladene Dampfer mit Kurs auf Le Havre, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

London, 21. Juni. Die Admiralität teilt mit: 5 Schiffe unter und 27 über 1000 Tonnen sind während der letzten Woche versenkt worden.

Amsterdam, 22. Juni. Havas meldet auch Paris: Die Blätter in San Sebastian berichten, daß am Sonntag einige Meilen von der Stadt entfernt ein Gefecht zwischen einem französischen Schiff und einem deutschen Unterseeboot stattfand. Das französische Fahrzeug, das 4200 Tonnen groß war und in östlicher Richtung fuhr, wurde vom U-Boot angegriffen und erhielt Treffer in den Aufwahrungsträumen für Schmieröl, wodurch ein Brand am Bord des Dampfers ausbrach. Das Schiff, das mit Geschützen bewaffnet war, beantwortete das Feuer des U-Bootes.

Abermals Baralong.

C 26.

Berlin, 22. Juni. Schon vor einiger Zeit nach Deutschland gelangte Gerüchte über die Behandlung Ueberlebender unseres im Mai in Verlust geratenen U-Bootes C 26 haben jetzt auf dem Wege über das neutrale Ausland ihre vollständige Bestätigung erfahren. Danach wurde das Boot während des Tauchens von einem englischen Zerstörer gerammt und zum Sinken gebracht. Von der Besatzung gelang es acht Mann, sich an die Oberfläche emporzuarbeiten, von denen die Engländer absichtlich nur zwei retteten. Die Ueberlebenden überließen sie wie im Falle des Torpedobootes S 20 ihrem Schicksal.

Was 869 000 Br.-R.-T. bedeuten.

Die Raibeute unserer Boote betrug 869 000 Br.-R.-T. Schiffsraum. Da fast ausschließlich gewöhnliche Frachtdampfer versenkt wurden, deren für Ladung nutzbarer Raum besonders groß ist, da für Unterbringung von Kesseln, Maschinen, Kohlen, Ausrüstung usw. wenig Platz verbraucht wird, so darf man rechnen, daß 869 000 Br.-R.-T. ungefähr 550 000 R.-R.-T. entsprechen. Etwas durch Verdoppelung dieses Raummahes ergibt sich, soweit nicht Sperrgut, sondern Frachtgüter mittleren spezifischen Gewichtes, wie beispielsweise Getreide, Futtermittel, Kohlen, Wolle, in Frage kommen, die zugehörige Tragfähigkeit in metrischen Gewichtstonnen zu je 1000 Kilogramm. 550 000 R.-R.-T. besitzen also ein Ladegewicht von rund 1,1 Millionen metrischen Tonnen.

Die Betriebsmittel der vollspurigen Eisenbahnen in Deutschland umfassen im Jahre 1914 nach der Reichsstatistik rund 7 000 000 Güterwagen mit einem nutzbaren Ladegewicht von 10,2 Millionen Tonnen. Ein Zehntel dieses Betrages hätten die im Mai versenkten Handelsschiffe laden können. Gemessen an Eisenbahnwagen, die dem Binnenländer als Hauptabfuhr für Gewichtsmengen vertraut sind als Registerwagen, hat die Entente im Mai etwa 70 000 Güterwagen zu durchschnittlich je 15 Tonnen Tragfähigkeit verloren oder, noch anschaulicher ausgedrückt, 2000 Güterzüge zu je lediglich

Wagen. Das ist ein höchster Schiffsverlust, ausgedrückt in Eisenbahnwagen, von nicht weniger als 60 Güterzügen!

London, 22. Juni. In Schiffsverkehrskreisen verlautet (nach dem „Hamburger Fremdenblatt“, daß nur noch sechs Häfen in Großbritannien für den transatlantischen Schiffsverkehr offen sind. Alle anderen werden von überseeischen Dampfern nicht mehr angelaufen, sondern dienen nur der Küstenfahrt. Aus einem Bericht des Hafenkommandanten der britischen Flotte an die Admiralität geht hervor, daß auch im Mai 1917 wieder eine Anzahl Patrouillenfahrzeuge durch die Minen verloren gingen. Im April waren es 18, im Mai 21.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der neue russische Botschafter in Frankreich. Havas meldet: Die französische Regierung hat ihre Genehmigung zur Ernennung Malakows zum Botschafter Russlands in Frankreich erteilt.

Am Gängelband des Geschäftsjournalisten. Im Oberhaus sind der englischen Regierung wegen der Mission Lord Northcliffes nach den Vereinigten Staaten bittere Wahrheiten gesagt worden. Die liberalen Peers protestierten energisch gegen die Wahl des Lord Northcliffe. Lord Ribblesdale sagte ironisch, das Land scheine eine Regierung zu besitzen, die sich von einem Zeitungsbesitzer am Gängelbande führen ließe. Lord Curzon erklärte namens der Regierung, daß Lord Northcliffe zwar als Vertreter der Regierung nach Amerika gegangen sei, aber in keiner Hinsicht als Nachfolger Balfours zu betrachten sei.

Erklärung des Kabinetts Esterhazy.

Frieden und Wahlrecht.

Am Donnerstag hielt der ungarische Ministerpräsident Graf Esterhazy seine ministerielle Jungferrede. Er sagte: Die Grundlage des Kabinetts bildet die Wahlreform. Die Altersgrenze für das Wahlrecht wird auf 24 Jahre festgesetzt, jedoch werden die Kämpfer an der Front, die das Karlsruhgeseßnis, auch unter dieser Altersgrenze das Wahlrecht haben. Die Wähler müssen von Amtswegen in die Wählerlisten aufgenommen werden. Die Reinheit der Wahlen wird durch ein Verbot der Zahlung von Reisefkosten, der Verpflegung der Wähler und durch ein Verbot von Abscheiden und Fälschen gesichert werden.

Sollte die gegenwärtige formale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Schaffung dieser unerläßlichen Reform gegen unsere Hoffnung verhindern, so werden wir genötigt sein, Neuwahlen anzuordnen.

Der Ministerpräsident entwickelte sodann eingehend sein Programm der Fürsorge für Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -Waisen, ferner die Grundlagen der Verfassungspolitik. Bezüglich des Ausgleiches mit Oesterreich erwähnte er, seine Regierung habe diesen schon vorgeschlagen und auf dieser Grundlage würden die schon im vergangenen Jahre mit Deutschland begonnenen Verhandlungen fortgesetzt. Die Regierung beabsichtige eine endgültige Erledigung des Ausgleiches einem zukünftigen Reichstage vorzubehalten, falls nicht vom Willen der Regierung unabhängige Zustände frühere Maßnahmen unermesslich machten.

Bezüglich der auswärtigen Lage sagte Graf Esterhazy, er befinde sich nach Rücksprache mit dem Minister des Reichens mit diesem in vollem Einvernehmen. Auch die neue Regierung halte an dem langbewährten engen Bündnis mit Deutschland, sowie an den im Kriege geschlossenen, aber, wie er hoffe, zu langer Dauer bestimmten Bündnissen mit der Türkei und Bulgarien fest und wisse sich dabei der vollen Zustimmung des Hauses sicher. Mit Befriedigung könne er die günstige militärische Lage feststellen, die sich bei der jüngsten heldenmütigen Abwehr der italienischen Offensive, bei der auch die ungarischen Truppen ihre Tapferkeit bewährt hätten, gezeigt habe. Gerade dies Bewußtsein unserer Stärke, schloß der Ministerpräsident, gestatte uns, ohne schwächlich zu erscheinen, an der von uns und unseren Verbündeten fundierten Vereinwilligkeit zu einem für uns und unsere Gegner annehmbaren Friedensschluß festzuhalten. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Graf Tisza als Führer der Opposition befaßte sich in der Debatte mit der Kritik des Programms des Ministerpräsidenten und belämpfte die Wahlreform.

Graf Andrássy erklärte, für die Auffassung der Regierung in der Wahlrechtsfrage einzutreten.

Nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses hatte eine überaus zahlreiche Volksmenge auf dem Platze vor dem Parlament Ausrufungen genommen und den Ministerpräsidenten sowie jene Abgeordneten, die sich als Kämpfer für das Wahlrecht hervorgetan haben, mit großen Sympathieausdrücken empfangen. An verschiedenen Punkten der Hauptstadt fanden große Kundgebungen statt, wobei Redner Ansprachen an das Volk hielten und die Bedeutung des Tages für die freiheitliche Entwicklung feierten.

Politische Uebersicht.

Majestätsbeleidigung.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Königsberg berichtet, daß dort der außerordentliche Professor der Theologie an der Königsberger Universität, Friedrich Rejus, einer der hauptsächlichsten Wortführer der annexionsistischen Bewegung in der ostpreussischen Hauptstadt, wegen Majestätsbeleidigung von seinem Lehramt suspendiert worden sei. Der Berichterstatter bemerkt noch: Prof. Rejus lebte früher als Pfarrer in Kurland und war von der Regierung des Zaren seinerzeit zwangsweise nach Sibirien abgehoben worden.

Demagogieverfolgung.

In seiner Zeitschrift „Das größere Deutschland“ beschwert sich der Landtagsabgeordnete Baumeister über eine „Demagogieverfolgung“, der die alldeutsche Bewegung ausgesetzt sei. Er spielt damit auf die Verfolgungen an, unter denen die freiheitlich gesinnten Patrioten des deutschen Bürgerturns in der Zeit nach den Befreiungskriegen zu leiden hatten.

Im übrigen gilt sein Artikel der Polemik gegen eine Schrift des Kieler Theologieprofessors Baumgarten „Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika“, die zwar u. E. vernichtende Feststellungen gegenüber der alldeutschen Politik enthält, aber in keiner Weise zu ihrer gewaltsamen Verfolgung auffordert.

Herr Baumeister schreibt zum Schluß:

Verdammen wir nicht, daß Baumgarten und seine Freunde für eine „freiheitliche Einrichtung“ eintreten, für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber warum denn wohl? Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß es deshalb geschieht, um diejenigen, deren Wünsche und Hoffnungen sich in der Richtung der alldeutschen Ziele bewegen, mundtot zu machen: es soll durch jene „freiheitliche Einrichtung“ die feste und alleinige Herrschaft derjenigen begründet werden, die für alles, was nach alldeutschen Wünschen ausbleibt, nur ein Hohngelächter haben.

Damit ist zugestanden, daß dem Alldeutschum von einer allgemeinen Volksabstimmung das politische Todesurteil droht. Aber selbstverständlich sollte und könnte die Demokratie, wie wir sie wollen, die Alldeutschen in ihrer Meinungsfreiheit nicht im allergeringsten beschränken. Als Demokraten treten wir für die Meinungsfreiheit unserer Gegner genau so ein wie für unsere eigene.

Auf dem Holzwege — aber wer?

Ein Teil der Presse fährt fort, der Regierung auseinanderzusetzen, daß sie gewisse unangenehme Erfahrungen, die sie in der letzten Zeit mit ihrer östlich orientierten Politik gemacht hätte, nur den Ratschlägen der Sozialdemokratie zu danken habe. So meint jetzt auch die „Nationalliberale Korrespondenz“:

Vielleicht hilft das Schicksal des Hoffmannschen Friedenstelegramms den Eindruck verstärken, den Scheidemann und Genossen von der ersten Vernehmung in Stockholm mit heimgebracht haben (?), den Eindruck, daß sie als die Pfadfinder des Friedens auf dem Holzwege sind.

Wir können dazu nur wiederholen: Die Politik der Regierung ist nicht die Politik der Sozialdemokratie, und die Politik der Sozialdemokratie ist nicht die Politik der Regierung. Die Sozialdemokratie hat in der letzten Interpellationsdebatte vom Reichskanzler eine öffentliche Erklärung gefordert, daß er nach allen Seiten hin die Formel eines Friedens ohne Eroberungen und Entschädigungen akzeptiere. Das wäre eine ganze Tat gewesen, und wir bedauern auch heute noch, daß sie nicht getan worden ist. Etwas Gutes mehr als tun, ist noch nicht so viel, wie etwas Ganzes einmal tun!

Einführung von Wirtschaftskarten für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Vom Kriegsberührungssamt werden jetzt die Unterlagen zur Erfassung der diesjährigen landwirtschaftlichen Produktion bekannt gegeben. Um diese Produktion reiflos zu erfassen, ist die Einführung von Wirtschaftskarten für die landwirtschaftlichen Betriebe des Deutschen Reiches beschlossen. Zur Führung dieser Karten sind die Kommunalverbände verpflichtet, die wiederum ihren untergeordneten Gemeinden die gleiche Verpflichtung auferlegen können.

Der Zweck der Wirtschaftskarte ist die möglichst genaue Feststellung der Ernteerträge und die scharfe Kontrolle des den Unternehmern zustehenden Eigenverbrauchs und der ihnen auferlegten Lieferungen. Zu diesem Zweck muß auf der Karte bemerkt werden: die Bodenfläche des landwirtschaftlichen Betriebes und der zum Betrieb gehörenden Personen, Zahl und Art des vorhandenen Viehes, die mit Frucht bebaute Fläche, das Ergebnis der Ernteeinschätzung und der Nachprüfung, die Menge und die Kontrolle des benötigten Saatgutes, der für den Betrieb notwendige Anteil von Brot- und Futtergetreide, die fortlaufende Kontrolle der nach Abzug der vorher erwähnten Menge noch verbleibenden Vorräte. Die Kommunalverbände sind berechtigt, noch weitere Feststellungen vorzunehmen, insbesondere wenn ihnen die mitgeteilten Ernteerträge zu hoch oder zu gering erscheinen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, Selbstvergifterlisten anzulegen, in denen auch der Name des Müllers angegeben sein muß. Ein Wechsel desselben ist nur in besonderen Fällen mit Zustimmung der amtlichen Stelle möglich, um den Selbstverbrauch an Getreide nicht der Kontrolle zu entziehen.

Ueber die abgelieferten Produkte erhält der Unternehmer Quittungen, die er bei vorzunehmenden Revisionen vorzulegen hat, auf Grund deren der noch vorhandene sein sollende Bestand festgestellt wird, der dann nachzuweisen ist.

Zur Kontrolle der Selbstvergifter sind Wahlkarten vorzulegen, welche das Rehl auf dem Wege zur Mühle begleiten. Für die Versorgungsberechtigten ist die Entnahme von Brot und Rehl an Brotkarten geknüpft.

Versorgungsgebühren von Kriegsteilnehmern.

Für versorgungsberechtigte Unteroffiziere und Mannschaften, die vor dem 1. April 1906 ausgeschieden, während des Kriegs aber wieder zum aktiven Militärdienst herangezogen worden sind, ist aus besonderen Reichsmitteln ein Pensionszuschuß eingeführt worden, der sie für die Gebührene aus dem Gesetz vom 31. Mai 1906, die ihnen nicht zufließen, entschädigen soll. Als Kriegsteilnehmer gelten diejenigen, die die feindliche Grenze zu kriegerischen Zwecken überschritten haben oder ein Gefecht, einen Stellungskampf, eine Belagerung mitgemacht haben, oder sich aus dienstlichem Anlaß mindestens zwei Monate im Kriegsgebiet aufhielten.

Anträge auf Gewährung solcher Pensionszuschüsse werden alsbald — mündlich oder schriftlich — unter Vorlage der Militärpapiere bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu stellen sein.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 21. Juni 1917 eine Verordnung beschlossen, nach welcher der Reichskanzler ermächtigt wird, die Erzeugung, die Fortleitung und den Verbrauch von Elektrizität und Gas sowie von Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser zu regeln. Die nach der Verordnung dem Reichskanzler zustehenden Befugnisse kann dieser durch eine seiner Aufsicht unterstehende Stelle ausüben.

Letzte Nachrichten.

Die russische Offensive beschlossen.

Amsterdam, 22. Juni. (B. L. B.) Der Stockholmer Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblat.“ erfährt aus gut unterrichteter russischer Quelle, daß die vorläufige Regierung und der Vertreter-Ausschuß der Soldaten und Arbeiter am 21. Juni die Wiederaufnahme der Offensive auf der ganzen russischen Front beschlossen haben. (Nach einer näheren und vorliegenden Nachricht ist dieser Beschluß nach einer Rede Beretellis mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. (Red. d. „B.“)

Albert Thomas in London.

London, 22. Juni. (Neuermeldung.) Der französische Munitionsminister Thomas ist aus Petersburg in London angekommen.

Fliegerbomben auf Nancy.

Bern, 21. Juni. „Nouveliste de Lyon“ meldet aus Nancy, in der Nacht zum 17. Juni seien von deutschen Fliegern etwa 15 Bomben geworfen worden; der Sachschaden sei gering, aber 50 Militärpersonen wurden getötet oder verletzt; bisher betrage die Zahl der Toten siebenzehn.

Berefa den Griechen genommen.

Bern, 22. Juni. „Temps“ meldet aus Saloniki, daß Berefa von einer französischen Abteilung besetzt worden sei. Die griechischen Truppen und die Gendarmerie hätten sich zurückgezogen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Kohlennot, Gasmangel, Mietsteigerung.

Mit diesen drei Dingen eines drückenden Notstandes, der die große Masse der Bevölkerung in nächster Zeit schwer bedroht, beschäftigt sich am Donnerstag eine Versammlung der Gewerkschaftskommission. Ueber

Kohlennot und Kohlenversorgung

referierte Landtagsabgeordneter Otto Hue.

In einem längeren, auf gründliche Sachkunde und mit reichhaltigem Zahlenmaterial gestützten Vortrage wies der Referent nach, daß Deutschland den größten Kohlenreichtum in ganz Europa besitzt. Gemessen an dem jetzigen Bedarf, reichen die unter deutschem Boden lagernden Kohlenvorkommen noch für 1500 Jahre aus, um den Kohlenbedarf Deutschlands zu decken. Wenn auch amtliche Angaben über die Kohlenförderung seit 1916 nicht mehr gemacht werden, so kann doch als feststehend angesehen werden, daß die Förderung von Steinkohlen in den Kriegsjahren sehr stark zurückgegangen ist, während die Förderung von Braunkohlen infolge verbesserter technischer Einrichtungen, besonders der Anwendung menschliche Arbeitskraft ersparender Maschinen, bedeutend zugenommen hat. Der Rückgang der Steinkohlenförderung ist darauf zurückzuführen, daß der Krieg dem Bergbau den größten Teil der gelauteten Arbeitskräfte entzogen hat. Dazu kommt, daß die noch im Bergbau tätigen Arbeiter unzureichend entlohnt werden, sich eine Verbesserung ihrer Ernährung durch Ankauf von teuren Lebensmitteln nicht leisten können und deshalb in ihrer Arbeitsleistung beeinträchtigt sind. Auch die Behandlung der Bergarbeiter, über die schon immer mit Recht viel geklagt wurde, ist auch jetzt noch derart, daß die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben wird. Trotz des Arbeitermangels sind Maßnahmen wegen Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation und wegen Eintretens für Verbesserung der Arbeitsbedingungen an der Tagesordnung. — Zum Schluß sahnte der Referent seine Ausführungen dahin zusammen: Die natürlichen Bedingungen für die Kohlenversorgung sind in Deutschland außerordentlich günstig. Eine Kohlennot kann also nicht eintreten, wenn die technischen Bedingungen geschaffen werden, die eine ausreichende Kohlenversorgung gewährleisten. In dieser Hinsicht sind durch den Krieg allerdings Schwierigkeiten erwachsen. Aber sie können und müssen behoben werden. Wenn das allerdings nicht rechtzeitig geschieht, dann ist für den kommenden Winter eine viel größere Kohlennot zu befürchten, als wir sie im vergangenen Winter gehabt haben. Um uns vor der drohenden Gefahr einer Kohlennot zu sichern, müssen aber nicht nur die technischen Vorbedingungen geschaffen werden, sondern die Leistungsfähigkeit und die Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter muß gehoben werden durch Erhöhung der Löhne, bessere Ernährung, bessere Behandlung. Nach dieser Richtung hin müssen die Arbeiterorganisationen tätig sein. Dann wird es auch gelingen, die Gefahr der Kohlennot zu bannen.

Die Gasversorgung für den Winter

besprach Stadtd. Adolf Ritter. Er führte aus: Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission ist der Meinung, daß der Einfluss, den sich die Vertretung der Berliner Arbeiter auf die Verteilung der Lebensmittel gesichert hat, auch auf die Kohlenversorgung ausgedehnt werden muß. Es handelt sich um hier um eine Angelegenheit, die für den kommenden Winter von der allergrößten Bedeutung ist. Die Vertretungen der Gemeindebehörden Groß-Berlins haben ja schon einen Beschluss über die Kohlenrationierung gefasst. Wie die Arbeiterkommission in der Ernährungsfrage mit den Gemeindebehörden in Fühlung gekommen ist, so muß es auch mit der Kohlenversorgung geschehen. Diese Auffassung besteht auch in Kreisen, die sonst keine Verührung mit Arbeitern haben und die wünschen, durch Fühlungnahme mit einer Arbeitervertretung die Bedürfnisse und Wünsche der Arbeiter kennen zu lernen um sich bei den maßgebenden Stellen, darauf berufen zu können. Im Zusammenhang mit der Kohlenfrage steht die Gasversorgung. Auch diese ist eine für den kleinen Haushalt sehr wichtige Angelegenheit, denn wegen der Kohlenknappheit im vergangenen Winter sind viele kleine Haushaltungen zur Anlage von Gasheizvorrichtungen übergegangen. Die kleinen Abnehmer von Gas, das sind die, welche unter 400 Kubikmeter verbrauchen, haben sich um mehr als 800 000 vermehrt. Die Berliner Gaswerke befinden sich wegen ihres Kohlenbedarfs in der gleichen Lage wie der Privatmann. Sie können keine Kohlenvorräte anschaffen, sondern immer nur den Bedarf für ganz kurze Zeit decken. Sie leben sozusagen aus der Hand in den Mund. Dieser Mangelstand ist weniger eine Folge wirklichen Kohlenmangels, sondern mehr auf

eine Abneigung des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats gegen Berlin zurückzuführen. Vor dem Kriege haben die Berliner Gaswerke englische Kohlen bezogen, die sie billiger erhielten als die Kohlen aus Rheinland-Westfalen. Daraus erklärt sich die Abneigung des Kohlenyndikats gegen Berlin. Die Kalamität, die durch das Aufhören der englischen Zufuhr beim Ausbruch des Krieges eintrat, hat bis jetzt angehalten. Die Dinge sind so weit gediehen, daß im Oktober oder November die Gasversorgung der kleinen Verbraucher aufhören wird. Es ist eine unserer Hauptaufgaben, uns gegen das Eintreten eines solchen Risikandes zu wehren. Der Konstand der Gaswerke ist nur dadurch zu erklären, daß das Kohlenyndikat seine Geschäftsinteressen über die Interessen der Bevölkerung stellt, indem es die Kohlen zurückhält, um sie für Koks zu verarbeiten, was gewinnbringender ist als die Lieferung an die Berliner Gaswerke. Allerdings werden bei der Verkokung der Koks Nebenprodukte gewonnen, die für den Heeresbedarf notwendig sind. Diese können aber bei der Verarbeitung der Koks zu Gas ebenso gut gewonnen werden. Die Spekulation des Kohlenyndikats wird dadurch gekennzeichnet, daß es die gute rheinisch-westfälische Kohle nach Belgien liefert, wo Kriegspreise dafür bezahlt werden und die minderwertige belgische Kohle nach Deutschland einführt. 1800000 Tonnen Kohlen lagern beim Syndikat, aber Berlin bekommt nichts davon. Alle Vorstellungen, die gegen die Praxis des Syndikats an die Regierung gerichtet wurden, haben keinen Erfolg gehabt. Wir wünschen, daß hinter diese Verhältnisse etwas Dampf gemacht werde und daß die Vertreter der Gewerkschaften und beauftragten, bei den maßgebenden Stellen die Interessen der Berliner Bevölkerung energisch zu vertreten. Der Einfluss der Kohlenmagnaten, der sich in der Kohlenversorgung ebenso unheilvoll bemerkbar gemacht wie der Einfluss der Agrarier in der Lebensmittelversorgung, muß beseitigt werden.

Die Gefahr der Mietsteigerungen

besprach Stadtd. Eugen Bräuner. Er erinnerte an den Beschluss der Hausbesitzervereine, eine Steigerung der Mieten um mindestens 10 Proz. vorzunehmen, die schon am 1. Juli eintreten soll, anderenfalls die Wohnung als zum 1. Oktober gelündigt gilt. Wie der Redaktion des „Vorwärts“, so sind auch dem Bureau der Gewerkschaftskommission zahlreiche Fälle dieser Art mitgeteilt. Durch das Vorgehen der Hausbesitzer werden nicht nur die Mieter getroffen, die dabei sind, sondern auch die, die im Felde stehen. Die Hausbesitzer geben davon aus, daß sich die Mieter die Steigerung gefallen lassen werden, weil umlage gegenwärtig mit großen Schwierigkeiten und hohen Kosten verbunden sind. Wegen dieses Treibens der Hauswirte muß etwas unternommen werden, und zwar bald, denn der Kündigungstermin steht vor der Tür. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission ist der Meinung, daß gemeinsam mit den anderen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen zur Abwendung dieser Gefahr eine Eingabe und persönliche Vorstellung beim Oberkommando und beim Bundesrat erfolgen soll. Diese Behörden sollen beantragt werden, wie es in anderen Orten schon geschehen ist, Verfügungen zu erlassen des Inhalts, daß Mietsteigerungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn die Notwendigkeit derselben nachgewiesen ist und Kündigungen den Behörden zur Genehmigung eingereicht werden müssen. — Der Ausschuss bedauert, daß Mietsteigerungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn die Notwendigkeit derselben nachgewiesen ist und Kündigungen den Behörden zur Genehmigung eingereicht werden müssen. — Der Ausschuss bedauert, daß Mietsteigerungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn die Notwendigkeit derselben nachgewiesen ist und Kündigungen den Behörden zur Genehmigung eingereicht werden müssen.

Die Verammlung ermächtigte den Ausschuss, wegen der Kohlenversorgung und der Wohnungsfrage im Sinne der von den Referenten gemachten Vorschläge vorzugehen.

Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die Arbeiter und Angestellten sämtlicher Berufsgruppen in Groß-Berlin, mit Ausnahme der Rüstungsindustrie, wollen beachten, daß alle Beschwerden wegen Verweigerung des Abbleichens mündlich in der unterzeichneten Beschwerdestelle zu Protokoll gegeben werden können.

Die Beschwerdestelle ist werktäglich geöffnet von 9—12 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags. Alle Beschwerden, die von Montag bis einschließlich Sonnabend in der Beschwerdestelle aufgegeben werden, stehen am darauffolgenden Donnerstag zur Verhandlung. Die Verhandlungen finden immer Donnerstags statt.

Beschwerdestelle des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins, C 54, Linienstr. 83/85, Portal IV, Zimmer 6.

Aus dem Kriegsausschuss für Groß-Berlin.

Aus einem Werk der A. E. G. erscheint der Präler H. und wünscht einen Abbleichlein. Da aber in diesem Werk eine vom Unternehmer und von den Arbeitern anerkannte Vereinbarung besteht, die während des Krieges mehrfach erneuert worden ist, und H. dieser Vereinbarung gemäß bezahlt wird, konnte dem Verlangen des Prälers H. nicht entsprochen werden.

35 Montagschlosser aus einem anderen Werk der A. E. G. wünschen eine Erhöhung ihres Verdienstes. Es wird beschlossen, die Sache zur nochmaligen Verhandlung an den Betrieb zurückzuberweisen. Da der Direktor dieses Werks zurzeit verreist ist und die Verhandlungen erst bei dessen Rückkehr beginnen können, wird vereinbart, daß die bei den Verhandlungen etwa zugebundene Mehrbezahlung bis zum Termin der Verhandlung vor dem Kriegsausschuss d. i. am 14. Juni zurückdatiert werden sollen.

50 Schlosser der F. M. W. wünschen eine Regelung ihrer Verdienste. Es wird in Kolonnen gearbeitet. Weil die Arbeiter nicht feststellen können, wie ihr Verdienst errechnet wird und sie auch nicht nachprüfen können, ob ihr Verdienst richtig festgestellt ist, hält der Kriegsausschuss eine bessere Regelung für dringend erforderlich und verweist die Einzelberatung nochmals an den Betrieb zurück.

150 Mechaniker der Firma G., die wegen Verdiensterhöhung schon mehrfach vor dem Kriegsausschuss waren, erscheinen wieder und erwarten nunmehr endgültige Regelung. Bei der ersten Verhandlung hatte die Firma in der Annahme, daß aus dem bestehenden Preis mehr Verdienst herauszubekommen ist, sich erboten, die Arbeit probeweise von einem Meister stellen zu lassen. Die Mechaniker hatten in der Voraussetzung, daß der betreffende Meister in gleicher Weise arbeiten müsste wie sie, sich mit diesem Versuch einverstanden erklärt. Daraufhin wurde der Versuch im Betrieb gemacht. Es konnte nunmehr festgestellt werden, daß der von der Firma bestellte Mann trotz aller Mühe auch nur unwesentlich mehr Verdienst erzielte, als die Mechaniker. Es erfolgte nunmehr eine Verständigung auf der Grundlage, daß der Preis für die betreffende Arbeit so erhöht wird, daß 15 Pf. für die Stunde mehr verdient werden kann.

Der Schlosser K. von der Firma B. will einen Abbleichlein, weil er anderwärts beschäftigt als Betriebsleiter erhalten kann. Da das einwandfrei festgestellt wird, entscheidet sich der Kriegsausschuss dahin, daß die Firma dem Schlosser K. entweder einen gleichen oder ähnlichen Posten zur Verfügung stellt oder ihm den Abbleichlein gibt.

Von der Firma M. L. W. erscheinen 60 Dreher und wollen mehr Lohn haben. Die Firma erklärt, daß sie Vorbereitungen getroffen hat, daß während jetzt ausschließlich in Stundenlohn gearbeitet wird, in spätestens sechs bis acht Wochen in Stücklohn gearbeitet werden soll, wobei dann ein der gegenwärtigen Zeit entsprechender Verdienst erzielt wird. Bis dahin erhalten die Dreher 10 Proz. Lohnaufschlag.

141 Mechaniker der Firma G. wollen Verdiensterhöhung. Nach längerer Beratung wird vereinbart, daß die Mechaniker sofort 5 Proz. und am 1. Juli 1917 weitere 5 Proz. erhalten.

Ausland.

Der Rotterdamer Hafenausstand beendet.
Rotterdam, 22. Juni. Die Arbeit im Hafen ist heute wieder aufgenommen worden. Damit ist der Hafenausstand beendet.

Aus aller Welt.

Hafenbrand in Genua.
Laut „Journal de Genève“ verbrannten im Hafen Genua fünf italienische Dampfer. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt. Das Blatt schreibt, der Vorfall erinnere an die Zerstörung von Kriegsschiffen im Vorjahre.

Pöfener Getreideschieberprozess. Nach dreitägiger Verhandlung ging in Posen der Prozess gegen den Getreideschieber Gutsherr Lorenz Marzian aus Brudnia im Kreise Dobenzalza zu Ende. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von 15 Monaten Gefängnis, wovon 6 Monate als durch die Unteruchungshaft verbüßt erachtet wurden, und außerdem auf 26 800 Mark Geldstrafe.

Durchbringende Regengüsse sind seit der Nacht zu Freitag im ganz Nordhessen und dem angrenzenden Waldeck und Fürstentum, im südlichen Westfalen und Süd-Hannover niedergegangen.

Deutsches Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr.
Max Pallenberg
in Familie Schimek.
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volkshöhne. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrund. Schönhauser Tor.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.
Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Waßmann in
Niobe. Oper v. O. Blumenthal.
Musik v. Osk. Straus.
Sonnt. nachm. 3 (kl. Pr.): Armut.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
7 1/2 Uhr: Schnitzler-Abend.
Komödienhaus
8 Uhr: Wie tesse ich meinen Mann?
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Tirol
einst und jetzt.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.
Gartenb.: Berlin wie es lieb u. hat.
Spolito
FRIEDRICHSTR. AN DER KOENIGS-
ALLEENDE 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

NATIONAL-THEATER
Köpenicker Str. 65. Ueber 190 Male! Stürmischer Erfolg! 7, 8 Uhr.
Was junge Mädchen träumen!
Posse mit Gesang und Tanz. Musik von Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2: Schmetterlingsschlacht v. Sudermann. Vorverk. ab 10 U.
Deutsche Volksspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte.
Ehrenpräsident: Generalfeldmarschall v. Hindenburg.
Am Opfertage für die Reichshauptstadt Berlin, Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 4 bis 7 Uhr patriotische Feier im Charlottenburger Schlosspark 1000 Mitwirkende.
Wohltätig, vorgef. von Theodor Loos
Kassendirektor Bilschmid
Orchestraleiter Slingerband
Militär-Musik-Abteilung
Hilfsleitung Frau Mannemann
Eintrittskarten 1 Mark
In den bekanntesten Vorverkaufsstellen, u.
in der Geschäftsstelle des Roten Kreuz, Markgrafstraße 40

Theater für Sonnabend, den 23. Juni.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Nanon.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Geb. Herrfeld-Theater.
7 1/2 U.: **Das Pensionsschwein.**
Kleines Theater
7 1/2 U.: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
8 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels vom Lindenhof.**
Morgen 3 1/2 Uhr: **Unsere Käte.**
Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassentel. Nord. 281
7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Leibgardist.**
Schiller-Theater 0
7 1/2 Uhr: **Robert und Bertram.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: **Kammermusik.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**
Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 U.: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7 1/2 U.: **Stolze Thea.**
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Star.**

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7—9.
Quelle:
Alfa — famos!
Große Ausstattungs-Operettenposse
in 3 Akten mit Gesang und Tanz.
Vorher das große Varietéprogramm.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Admirals-Palast.
Abtrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eis.
Angenehmer kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr. Anf. 8 U.
Rauchen gest. Kühler Aufenthalt.
Das große Zirkus-Varieté-
gramm.
Unter Die 3 Grazien am Draht.
ander. Bagr. Alpen-Spiele.
Dir. A. Schumanns Schul-
und Freiheitsdressuren.
Halali. Schnitzseljagd.
Sonntag 3 1/2, und 8 Uhr.
Nehm. 1 Kind frei sowie Gratis-
Pony-Reiten für Kinder.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Zigener.**
6 Uhr: **Gartenbühne-Vorstellung.**
Palast
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Triumph der Schönheit
und das große, neue
Varieté-Programm.
Angenehm kühler Aufenthalt.

Volgt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich große Extravorstellung.
Pieper und Sperling
Erfolgreichste
Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonntag 4, wochentl. 7 1/2 Uhr.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng. Cabaret
„Feldgrau“
Anfang 7 1/2 Uhr.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Haut-, Harn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Beinbrüche
Ehrlich-Hata-Kuren.
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher und schmerz-
los ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadthf.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.
**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pf.

Weißbierflaschen
sollt zu kaufen gesucht.
Kammerichwerke Berlin-Wittenau,
Wittestraße 47/48.

Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen.

(Schluß)

Das Beschwerderecht.

Seit dem Jahre 1880 wird im Reichslage der Kampf um eine Reform des Beschwerderechts geführt. Ueber die berechtigten Bedenken der Mannschaften, von diesem Beschwerderecht Gebrauch zu machen, ist schon genug gesprochen und geschrieben worden. Selbstverständlich hat die Sozialdemokratische Fraktion auch während des Krieges immer wieder versucht, eine zeitgemäße Reform des Beschwerderechts herbeizuführen. Gerade auf diesem Gebiete aber verhielt sich die Militärverwaltung ganz besonders hartnäckig, und sie fand dabei die Unterstützung der Mehrheit der bürgerlichen Parteien. So wurde im April 1916 ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der forderte:

dem Reichstag spätestens bis zu seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Beschwerderechts der Soldaten vorzulegen. Der Entwurf soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

- 1. Wegfall des Begriffs der leichtfertigen Beschwerde;
2. Strafvollzug nicht vor Erledigung der Beschwerde.

Am Plenum sowohl als auch im Ausschuss kam es immer wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Beschwerderecht. Von einem Recht hier zu sprechen, ist eigentlich etwas phantastisch, besser drückt man sich dahin aus, daß dem Soldaten die Möglichkeit der Beschwerde gegeben ist. Diese Möglichkeit aber birgt für den Soldaten eine solche Fülle von Gefahren aller Art, daß er in der Regel davon Abstand nimmt, diesen Weg zu beschreiten. Die Auffassung militärischer Kreise über die Beschwerde kommt recht drastisch zum Ausdruck in einer Abhandlung des Professors Dr. Ernst Mayer über dieses Thema. Er sagt dort u. a.:

Die Beschwerde enthält ganz regelmäßig eine Aufforderung gegen Maßnahmen des Vorgesetzten und gefährdet dadurch die Stellung des Befehlshabers; breitet sie sich aus, so leidet die Subordinationsverhältnisse ins Gegenteil um, die Kritik wird dann von denjenigen geübt, die in erster Linie verpflichtet sind, ihr Verhalten kritisieren zu lassen. Das Beschwerderecht ist daher ein notwendiges Übel, notwendig zur Bekämpfung des Unrechts, ein Übel, weil ihm eine leichte Gefährdung der Disziplin eigenständig ist.

Solche Ansichten darf man nicht respektieren, sondern man muß sie bekämpfen, um sie letzten Endes zu überwinden. In der jetzt abgeschlossenen Tagung des Reichstags beantragten daher die Sozialdemokraten abermals:

mit möglichster Beschleunigung eine Reform des militärischen Beschwerderechts herbeizuführen.

Diesmal wurde der Antrag sowohl im Ausschuss, als auch im Plenum angenommen.

In einem gewissen Zusammenhang damit steht die Frage des Anbindens als Disziplinarstrafmittel. Wer im Felde mit strengem Arrest bestraft wird, kann fast eingesperrt, angebanden werden und zwar oft zwei Stunden Anbinden für einen Tag Arrest. Ueber das Barbarische dieser Strafmittel ist kein Wort zu verlieren und nur ein einziger Konservativer fand sich im Ausschuss, der es fertigbrachte, diese Strafmittel als nicht unbedingt zu beschreiben. Die Sozialdemokraten beantragten:

zu veranlassen, daß die Strafe des Anbindens im Meer und in der Marine beseitigt wird.

Der Kriegsminister verhielt sich zunächst strikte ablehnend, der Antrag fand aber einstimmig Annahme.

Mittlerweile ist durch eine Verordnung des Kaisers das Anbinden in der See verboten worden.

Zurückziehung älterer Mannschaften.

Die militärische Dienstpflicht endet mit der Vollendung des 45. Lebensjahres. Die Wehrordnung enthält aber die Einschränkung, daß während eines Krieges niemand aus dem Wehrverhältnis ausscheiden kann. Bei der langen Dauer des Krieges stehen infolgedessen heute viele Landsturmlaute bereits im 48. Lebensjahr. Der Wunsch dieser alten Landstürmer, in die Heimat entlassen zu werden ist begründlich.

Im März 1916 brachten die Sozialdemokraten folgenden Antrag ein:

bei der Obersten Oercedienstleistung zu veranlassen, daß Mannschaften, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, in weitemer Umfange als bisher, hinter der Front verwendet werden.

Dieser Antrag fand keine Mehrheit. — Beim nächsten Zusammentritt des Reichstags, im Oktober 1916, beantragten die Sozialdemokraten dann:

daß die Jahrgänge 1869 und 1870, letztere, soweit und sobald sie das 47. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Oercedienst entlassen werden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt und statt dessen folgender Antrag der bürgerlichen Parteien, denen der sozialdemokratische Antrag zu weit ging, angenommen:

Die verheirateten Mannschaften, besonders solche mit großer Kinderzahl, der älteren Jahrgänge, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat zu verurlauben.

Angenommen wurde aber dann der weitere sozialdemokratische Antrag:

in Erwägung darüber einzutreten, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit die im Oercedienst stehenden weiteren Söhne solcher Familien, die bereits einen oder mehrere Angehörige durch den Tod im Felde verloren haben, zum Dienst in der Etappe oder in der Heimat verwendet werden.

Es ist denn auch eine Verfügung in diesem Sinne ergangen, mit der Ausdehnung, daß auch die Söhne kinderreicher Familien von der Front zurückgezogen werden sollen. Leider ist das nicht in dem wünschenswerten Umfange geschehen; vielmehr ist in zahlreichen Einzelfällen einfach erklärt worden, daß die Zurücknahme aus dienstlichen Gründen nicht möglich sei. Unvorne Genossen haben mit aller Deutlichkeit gefordert, daß solchen Familien Geltung verschafft werden müsse, wenn nicht alle die zahlreichen Hoffnungen zerstört werden sollen, die darauf aufgebaut wurden.

Die Kriegsbefehlsordnung.

Für den Frieden ist im Etat genau festgelegt, welche Gehälter die Offiziere und Beamten beziehen. Im Kriege ist das anders. Hier gilt die Kriegsbefehlsordnung, die nicht auf einem Geiz, sondern auf einer Jahrzehnte alten preussischen Befehlsordnung beruht. Diese Kriegsbefehlsordnung galt natürlich auch 1870 und ist dann später in den kolonialen Kriegen angewendet worden. An die gesetzliche Regelung dieser Materie dachte niemand, weil man mit einem bevorstehenden Krieg nicht rechnete. Das Interesse an der Kriegsbefehlsordnung wurde natürlich plötzlich auf, als der Krieg ausbrach. Nun aber war es ganz unendlich, ein Exemplar der Kriegsbefehlsordnung zu erlangen. Fast ein Jahr verging, bis es möglich war, Einblick in die Kriegsbefehlsordnung zu gewinnen. Die Gehälter erwiesen sich teilweise als enorm hoch. Die Regierung vertrat zuerst den Standpunkt, daß die Festsetzung der Befehlsordnung im Kriege ein Ausfluß der kaiserlichen Kommandogewalt sei. Dem traten die Sozialdemokraten energisch entgegen, mit dem Hinweis darauf, daß es geradezu sinnlos wäre, wenn der Reichstag, der im Frieden die Höhe der Gehälter festzusetzen hat, im Kriege lediglich das Geld zu bewilligen, in dessen Verwendung aber nicht hineinzureden hätte. Unterstützung fand die Regierung nur bei den Konservativen, alle anderen Parteien pflichteten der sozialdemokratischen Auffassung bei, daß die Kriegsbefehlsordnung auf dem Wege der Gesetzgebung festzusetzen sei. Im August 1915 stimmte der Reichstag eine von den Sozialdemokraten im Hauptauschuß eingebrachte Resolution zu:

„eine sofortige allgemeine Revision der Kriegsbefehlsordnung zu veranlassen.“

Der Bundesrat stimmte aber nicht zu, sondern sagte in seiner Entschiedenheit:

„Eine allgemeine Revision des Kriegsbefehlsordnungswezens muß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Belastung der beteiligten Ressorts mit dringlicheren Arbeiten einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Fortgesetzt wird aber darauf Bedacht genommen, auftretende Mängel der heutigen Gehaltsfestsetzung nachwährend des Krieges zu beseitigen.“

Im Dezember 1915 wurde der Antrag wiederholt, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß mit der Reform bei den schlechter bezahlten Stellen eingeleitet, die hochbezahlten Stellen aber gar nicht berührt würden. Der Antrag fand wieder Zustimmung; der Bundesrat erklärte abermals, es werde daran gearbeitet, Mängel zu beseitigen. Die Regierung nahm auch fortgesetzt Reformen vor, sie beschnitt schließlich auch die Gehälter der neu ernannten Generale. Die Sozialdemokratische Fraktion hat jede Gelegenheit benutzt, immer wieder eine Reform der Kriegsbefehlsordnung zu verlangen: Streichungen bei den oberen, Heraushebung bei den unteren Stellen. Sie übte scharfe Kritik an der Art, wie diese Reformen vorgenommen wurden und verlangte immer wieder die gesetzliche Regelung dieser Materie, denn alle Reformen mußten schließlich Stück und Bückwerk bleiben.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sie im Interesse der Feldgrauen entwickelt hat, ist mit dieser unapen Zusammenfassung keineswegs erschöpft. Sie erwies sich stets als die treibende Kraft. Eine Fülle von Anregungen, die von ihr ausgingen, hat Beachtung gefunden. Die Interessen der Offiziere und der Beamten-Stellvertreter wurden von den Sozialdemokraten so gut wahrgenommen, wie die Interessen der Unteroffiziere. Gegen die Briefzensur im Felde wurde scharf angekämpft und geordert, daß die Zensur, wenn sie vorübergehend notwendig sein sollte, nicht bei der Kompagnie, sondern bei einem höheren Stab vorgenommen werden solle, auch, daß aus dem Inhalt solcher Briefe dem einzelnen Mann kein Nachteil erwachsen dürfe. Eine gerechte Verteilung der Kasinenüberschüsse und anderer, den Mannschaften gebührender Gelder ist immer wieder verlangt worden. In zahllosen Fällen war es möglich, direkt einzugreifen und Hebelstände zu beseitigen, die besonders drückend waren. Auf die schlechten Beförderungsbefähigungen des Jugend- und Reservewerkpersonals ist wiederholt hingewiesen worden. Die da und dort auftretenden Verurteile politischer oder religiöser Verdrängung wurden scharf geäußert, und in der Regel gelang es auch, Abhilfe zu schaffen. Die Lage der Kriegsgesangenen wurde eingehend befragt, die rasche Entlassung untauglich gewordenen Mannschaften gefordert und dringende Vorstöße bei den Aushebungen empfohlen.

Es ist kein Eigenlob und keine Hebertreibung, wenn man konstatiert, daß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein gewaltiges Stück Arbeit im Interesse unserer Feldgrauen Brüder geleistet hat, als ein wahrer Hort des Volkes in Walfen, dem recht bald eine glückliche Heimkehr beschieden sein möge, um dann wieder arbeiten zu können an den Werken der Menschlichkeit und der Kultur.

D. Stüdtgen, M. d. R.

Ein Reichsamt für soziale Fürsorge.

Prof. Dr. med. Grotjahn erörtert im „Berliner Tageblatt“ vom 20. Juni — Abendausgabe — unter der Überschrift: „Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen“ die Frage der Errichtung eines Reichsaufsichtsrates für die eben genannten Gebiete. Er geht aus von der Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge in Preußen und der Tatsache, daß in England seit Jahrzehnten ein besonderes Hygieneministerium besteht. Aus dem Mangel an Einheitlichkeit auf dem Gebiete der Gesundheitspflege ergebe sich die Frage, ob nicht aus dem ungefügen Mangelwesen von Behörden, die jetzt das heterogene Reichsamt des Innern bilden, verschiedene abgetrennt und zu einem besonderen Reichsaufsichtsrat für Gesundheitspflege und soziales Versicherungswesen zusammenzufassen seien. Prof. Grotjahn nennt das Reichsaufsichtsrat, das Reichsversicherungsamt, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, das Aufsichtsamt für Privatversicherung, das Bundesamt für das Heimatswesen und das Reichskommissariat für das Auswanderungswesen, die hierfür in Frage kommen. Das Verbindende Hege darin, daß es sich um Behörden handle, deren Tätigkeit den Menschen selbst zum Mittelpunkt habe, also das physische Substrat unserer Rassen, das durch die Verluste des Krieges und das Einsetzen des Geburtenrückganges keineswegs mehr als so ungefährdet angesehen werden könne wie noch vor wenigen Jahrzehnten. Einige dieser Ämter könnten, wie die im

Reichsamt für soziale Fürsorge, bei dieser Gelegenheit ganz verschwinden, während andere, wie etwa das Bundesamt für Heimatswesen, durch Angliederung der Siedelungs-geschäfte, zu erweitern wären. Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariat würden Reichsaufsichtsrat und Reichsversicherungsamt haben, weil sie beide ihre Eigenart beibehalten und doch sich gegenseitig mehr als bisher befruchteten und vor Reichstag und Bundesrat sich weitmas kräftiger zur Geltung zu bringen vermöchten als bisher. Es würde mit einem Schläge der Reht von sozialhygienischer Seite so fort empfindene Hebelstände sozieren, daß im Gesundheitsamt des Reiches zur sehr Theorie und Wissen schaft ohne Fühlung mit der Wirklichkeit geliebet werde, im Reichsversicherungsamt dagegen häufig der gute Wille und die Möglichkeit eines großzügigen sozialhygienischen Wirkens zu einem dem Stande der hygienischen Wissenschaft nicht entsprechenden lastspieligen Experimentieren führe.

Der hier erörterte Gedanke ist kein neuer. Wir haben seit langem die Erwägung eines Reichsamtes für soziale Fürsorge gefordert. Der ihm von Prof. Grotjahn zugeordnete Aufgabenkreis ist ein viel zu enger, es sei denn, daß W. unter Gesundheitspflege also auf wirtschaftliche, geistige und sittliche Heilung der breiten Volksmassen gerichteten Schreungen zusammenfaßt. Alle die Gebiete, die das breite Gebiet der gesamten Sozialpolitik umfassen, Arbeiterrecht, Arbeiterversicherung, Armenwesen, Wohnungspflege, Jugendpflege, öffentlicher Gesundheitsdienst, Neugestaltung des Arbeitsrechts, Arbeitsvermittlung usw. müssen all-fammengefaßt in die Hand eines Reichsaufsichtsrates gelegt werden,

Diesem würde die Förderung und Verwaltung dieser Gebiete zu übertragen sein. Und daneben würde ein unabhängiger Reichsaufsichtsrat zu schaffen sein, der die sich auf diesem Gebiete ergebenden Rechtsfragen als höchste Instanz zu entscheiden hätte.

Es ist charakteristisch, daß Prof. Grotjahn im Reichsversicherungsamt ausschließlich eine Art sozialpolitischer Verwaltungshörde sieht. In der Tat liegen ihm eine Reihe von Verwaltungsaufgaben ob. Wie sie jedoch das Reichsversicherungsamt zu einem dem Stande der hygienischen Wissenschaft nicht entsprechenden lastspieligen Experimentieren geführt haben sollen, ist uns wirklich schleierhaft. Dafür auch nur einen einzigen Beweis anzuführen, dürfte Herrn Grotjahn schwer werden. Dazu bietet sich dem Reichsversicherungsamt auch gar keine Möglichkeit. Verwaltungsaufgaben liegen dem Reichsversicherungsamt namentlich auf dem Gebiete der Unfallversicherung ob. Hier ist es Aufsichtsbehörde der Berufsgenossenschaften. Daß diese sich zu sozialpolitischen Experimenten hergeben hätten, ist ein so absurder Gedanke, daß Herr Prof. Grotjahn dieses Gebiet nicht meinen kann. Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung kann das Reichsversicherungsamt nur die Genehmigung zu Maßnahmen der Landesversicherungsanstalten erteilen oder ablehnen. Diese Maßnahmen sind auch wieder durch gesetzliche Vorschriften umgrenzt, und daher scheidet auch dieses Gebiet für sozialpolitische Experimente des Reichsversicherungsamtes aus. In wir müssen sagen, daß selbst da, wo sich die Möglichkeit großzügigen Wirkens bietet, das Sozialhygienische im weiteren Sinne ausgefaßt in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes verliert. Einengend und einschränkend werden die das alle Recht erweiternden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung ausgelastet. Hier ist von großzügigem Wirken keine Spur. Vielleicht, daß sich hier gerade die Verquickung rechtsprechender mit der Verwaltungstätigkeit geltend macht. Natürlich der einzelnen in Betracht kommenden Herren ganz unbekannt.

Aber sei dem wie ihm wolle, das Reichsamt für soziale Fürsorge oder wie man es nun nennen will, muß sich lediglich der Aus-führung und weiteren Entwicklung der sozialpolitischen Gesetze widmen. Die Entscheidung der sich aus ihnen ergebenden Rechtsfragen hat ein unabhängiger Reichsaufsichtsrat vorzunehmen. Das Reichsversicherungsamt eignet sich für den Ausbau zu einem solchen.

Wir freuen uns, daß nun auch in bürgerlichen Kreisen die Erkenntnis kommt, daß es so, wie es ist, nicht bleiben kann.

Zur 13. Generalversammlung der Metallarbeiter.

K. Schön, 23. Juni.

Der Metallarbeiterverband ist die einzige Gewerkschaftsorganisation, die unbeeinträchtigt durch die Kriegswirren ihre Verbandstätigkeit abhält. Am 27. Juni kommen die berufenen Vertreter dieser größten Gewerkschaftsorganisation im „fränkischen Hof“ hier zu ihrer zweiten Kriegstagung, der dreizehnten erdentslichen Generalversammlung, zusammen.

Die erste Kriegstagung des Metallarbeiterverbandes, in Berlin 1915, ist ziemlich ruhig verlaufen. Die übergroße Mehrheit des Verbandstages stimmte der Auffassung des Vorstandes über die Stellung der Gewerkschaften zur Kriegspolitik zu. Unter diesen haben sich die parteipolitischen Gegenkräfte in der Arbeiterbewegung verstreut. Diese parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten haben vielfach in den Reihen der Gewerkschaften ihren Ausdruck gefunden, auch im Metallarbeiterverband. Schon die Wahlen der Delegierten fanden unter diesem Zeichen. Es ist in manchen Städten für die Kandidaten der verschiedenen Richtungen sehr rühmlich gearbeitet worden. Die Ungültigkeitserklärung mancher Wahlen ist vielleicht die Folge.

Für die Tagung sind diesmal nur vier Tage in Aussicht genommen; die Verhandlungen beginnen Mittwoch und sollen Sonnabend zu Ende sein. Es ist aber sehr fraglich, ob dieses Programm eingehalten werden kann. Nicht etwa, weil die Tagesordnung überlastet wäre. Diese umfaßt nur wenige Punkte: außer den Geschäftsberichten und der Statutenänderung nur ein Referat über „Die Schaffung von Staatsmonopolen in der Eisen- und Metallindustrie und die Arbeiter“. Beim Bericht des Vorstandes dürfte es aber eine Auseinandersetzung geben, die ihren Untergrund in den parteipolitischen Streitfragen hat. In der Metallarbeiter-tagung gab's hierzu eine lebhafte Unterlage. Zur Haltung der Verhandlungen zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen liegen mehrere Anträge vor, die wünschen, daß der Verband die Haltung zum Krieg und den Kriegsmassnahmen mitbestimme. In erster Stelle steht eine lange Berliner Resolution, die das Verhalten der Vertreter der Gewerkschaften im Reichstag nicht billigt und besonders gegen das Verhalten der General-Kommission protestiert. Der Verbandstag soll beschließen, keine Weisung mehr an die General-Kommission auszuführen. In Leipzig sind die Metallarbeiter aus dem Gewerkschaftsverbande ausgetreten, ein Austritt aus der General-Kommission der Gewerkschaften wäre ein wesentlich anderer, aber verhängnisvollerer Schritt auf dieser Bahn. Es ist daher kaum anzunehmen, daß eine wesentliche Anzahl von Delegierten für einen solchen Antrag stimmen werden. Die Haltung des Verbandesorgans findet in den Anträgen auch viel-joch Kritik; es wird, wie schon öfters, die Einsetzung einer Preh-Kommission verlangt. — Von den übrigen Anträgen zum Vorstandsbereich sind bemerkenswert: Anträge zur Frauenarbeit. Es wird mit Recht gefordert, daß die Schlußbestimmungen für Frauen und Jugendliche wieder in Kraft gesetzt werden sollen. Die Arbeitszeit für die Frauen soll höchstens acht Stunden betragen. — Bei der Statutenänderung werden größere Änderungen wohl kaum vorgenommen. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß die Kran-tenunterstützung nach den alten Sätzen wieder zur Einführung kommt. Nicht weniger als 75 Mitglieder haben — und darunter die größten — beantragt die Wiederinfraktisierung dieser Unter-stützung in aller Form. Kurzzeit werden die halben Sätze der Invalidität festgelegten Beiträge gewählt.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes für 1915 und 1916 vor. In der Berichtzeit konnte der Verband auf eine fünf und d-zig-jährige Tätigkeit zurückblicken: am 4. Juni 1891 wurde der Verband zu Frankfurt a. M. gegründet. Das Jubiläum ist wegen des Krieges sehr still bezeugt worden. Der Verband kann aber mit Stolz auf die 25 Jahre stütziger Arbeit zurückblicken. Die Widerstände aller Art, die die neue Organisation zu überwinden hatte, waren groß. Der Streit um die Organisations-form, ob Industrieverband oder Berufsorganisation, verdrängte sich nach der Gründung und legte sich lähmend auf den neuen Verband. Der Metallarbeiterverband setzte sich aber durch, der Gewand des Industrieverbandes siegte allen Heimmissten zum Trotz. Von den vor der Gründung des Verbandes ihm gegenüberstehenden oder nachher gegründeten Branchenverbänden bestehen nur noch die Verbände der Kupferindustrie und der Goldschmieden und Silber-; alle übrigen sind in der Einheitsorganisation aufgegangen. Mit berechtigter Genugtuung kann der Verband im Bericht sagen, der Metallarbeiterverband habe organisatorisch und verwaltungsmäßig einen Erfolg in seiner bisherigen Wirksamkeit errungen, wie ihn keine zweite Gewerkschaft bezeichnen konnte. Wie die enormen Entwicklung des Verbandes sehen folgende Zahlen: Am Schluß des Gründungsjahres zählte der Verband 23.205 Mitglieder, 1908 waren es 100.195 und nach weiteren zehn Jahren,

Ende 1918, über eine halbe Million, nämlich 544 034. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 1892 154 034 M., 1903 bereits 2 813 466 M. und 1913 18 708 124 M. In die Mitglieder zurückgelassen in Form von Unterfütungen sind sehr erhebliche Beträge: 1892 betragen die Ausgaben für Unterfütungen aller Art 51 084 M., 1903 1 827 719 M. und 1913 12 843 813 M. Hauptkassen und Lokalkassen zählen in den Jahren 1891 bis 1915 an Unterfütungen in runden Zahlen: Streit 34,5 Millionen Mark, Arbeitslosen 27 Millionen, Kranken 26,4 Millionen und Arbeitsunterstützung 6 Millionen Mark. Der Krieg brachte eine Hemmung in der Entwicklung; wir haben darum auch zum Vergleich die Zahlen von 1913 angegeben. Zweifelslos wäre der Fortschritt in den Jahren 1914-18 ohne diesen ungeheuerlichen Krieg kein geringerer wie in den Vorjahren gewesen.

Der Mitgliederbestand ist trotz des Krieges kein unbedeutender. Im Jahresbericht für 1916 wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Verband die Kriegszeit ohne großen Mitgliederverlust übersteht dürfte. Trotz der Zunahme der zum Heeresdienst Einberufenen war es möglich, im letzten Jahre die Mitgliederzahl zu steigern; sie erhöhte sich von 234 307 im Jahre 1915 auf 247 380 Ende 1916, also um 13 073. Im Jahre 1916 fanden 114 176 Neuaufnahmen gegen 91 892 im Jahre 1915 statt; ein Zeichen von reger Werbetätigkeit des Verbandes. Die Zahl der Verwaltungsglieder ist durch den Zugang einiger kleinerer Verbände und deren Anschluß an benachbarte größere Mitgliedschaften etwas zurückgegangen; sie betrug Ende 1916 424.

Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter hat auch in den Berichtsjahren nicht geruht. Das zeigt das Kapitel Lohnbewegungen und Streiks. Es wird darüber im Jahrbuch für 1916 gesagt, daß während in den Jahren vor dem Krieg bei den Bewegungen das Hauptgewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit und die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge gelegt wurde, in der Kriegszeit diese Forderungen zurücktreten mußten gegenüber der Erreichung höherer Löhne. Während 1916 nur in 25 Fällen mit zusammen 4076 Arbeitern Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wurde, ist in 667 Fällen mit 382 046 beteiligten Arbeitern Lohnerhöhung und in 511 Fällen mit 249 696 beteiligten Arbeitern Feuererhöhung gefordert worden. Ein Teil der Unternehmer hat auch in Anerkennung der abnormen Verhältnisse ohne weiteres angemessene Lohnerhöhungen oder Feuererhöhungen zugestanden, aber vielfach waren dazu erst langwierige Verhandlungen nötig. Und besonders ist es trotz des „Burgfriedens“ zur Kündigung und sogar zur Arbeitsniederlegung, wenn auch nur von kurzer Dauer, gekommen. Mehrmals war es erst auf Grund von Beschwerden bei militärischen Stellen und dadurch das Eingreifen dieser Behörden möglich, die Unternehmer zu Zugeständnissen zu zwingen. In den Bewegungen waren beteiligt: 1915 806 300 Beschäftigte und 1916 809 017 Beschäftigte, darunter 209 109 Verbandsmitglieder. Von den Bewegungen hatten fast alle vollen oder teilweisen Erfolg. Erfolgreich waren nur 19 Bewegungen im Jahre 1915 und 1916 gar nur 5 Bewegungen. Erreicht wurde durch die Bewegungen im Jahre 1916: für 4552 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um 12 195 Stunden für die Woche oder um 2% Stunden für den einzelnen und eine Lohnerhöhung für 519 255 Beteiligte um 2 288 063 M. in der Woche oder um 4,40 M. für jeden Beteiligten.

Der Stand der Tarifverträge hat sich im Jahre 1916 wesentlich verändert. Sowohl die Zahl der Tarife wie auch die Zahl der Betriebe ist zurückgegangen; dagegen zeigt die Zahl der Personen, für die die Tarife in Betracht kommen, eine recht erhebliche Zunahme. Ende 1915 bestanden 1077 Tarife für 11 754 Betriebe mit 124 436 Personen. Ende 1916 dagegen war der Stand: 938 Tarife für 10 017 Betriebe mit 181 955 Personen. Die Frauenarbeit in der Metallindustrie hat eine außerordentliche Zunahme erfahren. Nach der Branchenstatistik des Reichsarbeitsblattes, die aber lückenhaft ist, betrug die Zunahme seit Kriegsbeginn bis Ende März 1916 111 025. Es dürften zurzeit mehrere Hunderttausend Frauen und Mädchen sein, die seit Kriegsbeginn in der Metallindustrie in Arbeit getreten sind. Gegen diese Zunahme der Frauenarbeit hat der Verband vom volkswirtschaftlichen, insbesondere aber vom gesundheitlichen Standpunkt aus im Hinblick auf die Bevölkerungsökonomie erhebliche Bedenken. Die Frauen werden zu Arbeiten verwendet, die ihre Körperkräfte erheblich übersteigen und je länger je mehr zu schweren gesundheitlichen Schädigungen führen. Besonders nachteilig für die Gesundheit der Frau wirkt die lange tägliche Arbeitszeit. In einer Eingabe an den Reichstag forderte der Verband die Biederinanspruchnahme der Arbeiterinnenbestimmungen, Verbot der Frauenarbeit in den Eisen- und Stahlhütten und den Walz- und Hammerwerken, Festsetzung der Arbeitszeit für Frauen auf höchstens acht Stunden für schwere Arbeiten und Ausbau der Gewerbeinspektionen durch Zugewinnung von Beiräten aus den Kreisen der Ärzte, Unternehmer, Arbeiter und Arbeiterinnen als gewerbliche Gesundheitsämter zur Beurteilung der körperlichen Eignung der Frauen und der jugendlichen Arbeiter für schwerer ausübende oder neu übernommene gewerbliche Berufe. Bezüglich der Entlohnung gilt für den Verband der Grundsatz: für die gleiche Arbeitsleistung der gleiche Lohn. Durch eine Umfrage wurde festgestellt, daß von 174 283 in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiterinnen nur 13 870 gleich 8 Prozent und von 20 888 in der Friedensindustrie beschäftigten Arbeiterinnen nur 4085 gleich 19,6 Prozent den gleichen Verdienst wie die Männer erzielen. Die Organisation muß alles daran setzen, dieses ungünstige Verhältnis zu ändern. Sie kann nicht zulassen, sagt der Vorstand im Bericht, daß durch die Zunahme der Frauenarbeit die Männerlöhne herabgedrückt werden und die allgemeine Lebenslage von Millionen von Staatsbürgern verschlechtert wird. — Auch diese Frage dürfte auf der Generalversammlung eingehend erörtert werden.

So stehen auf dem Verbandstage der Metallarbeiter Fragen zur Beratung, die nicht nur das Interesse der Metallarbeiter, sondern das der gesamten Arbeiterchaft erwecken. Kögen die Beratungen und Beschlüsse zum Nutzen und Geben des Verbandes und der Arbeiterbewegung beitragen.

Industrie und Handel.
Kapitalerhöhungen.
Die Handelspresse meldet von einer ganzen Reihe schwarzen Kapitalerhöhungen. Auch die Rig u. Genev. Aktien-gesellschaft in Berlin-Schöneberg soll eine solche planen, um

ihre Aktionäre für die vor einiger Zeit erfolgte Kapitalerhöhung zu entschädigen — ein billiger Vorwand, da die Aktionäre durch den außerordentlich hohen Kursstand und durch die staatlichen Dividenden des Unternehmens bereits mehr als entschädigt sind und eine Kapitalerhöhung mehr den Spekulanten als den Daueraktionären dient. Im Augenblicke scheint noch kein Grund zur Rechtfertigung für die Kapitalerhöhung gefunden zu sein.

Reichsbank und preussisches Handelsministerium haben bekanntlich oft erklärt, daß Kapitalerhöhungen in dieser Zeit unpatriotisch und schädlich sind, weil sie das Anlage suchende Kapital von den Kriegsanleihen ab und zur Spekulation hinleiten, außerdem natürlich die Kapitalbeträge immobilisieren, die eben für die Kapitalerhöhung gebraucht werden. Man darf begierig sein, ob die angeführten amtlichen Stellen gegenüber den begehrlichen Wünschen der Verwaltungen und der Aktionäre den Nadeln steif halten werden.

Sicherung der Auslandsforderungen.
Der Verband zur Sicherung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland verlangt, daß die deutschen Forderungen an das feindliche Ausland nach dem englischen Vorbilde dadurch mobilisiert werden, daß das Reich auf diese Forderungen einen Vorkauf von 50 Proz. gewährt, für den der Inhaber der Forderungen nicht nur mit dem Reize dieser Forderungen, sondern auch mit seinem gesamten übrigen Vermögen haftet.

„Freiheitsanleihen“.
Die neue russische „Freiheitsanleihe“, die bei einem Zins von 5 Proz. zu 80 aufgelegt wurde, hat statt der vorhergehenden drei nur 1,2 Millionen Rubel betragen. Auch die russischen Städte, besonders Moskau, leiden schwer unter Zahlungsschwierigkeiten und müssen für Anleihen bis zum 8 Proz. bewilligen.

Die amerikanische „Freiheitsanleihe“ hat zwar zwei Milliarden Dollar (16 Milliarden Mark) geteignet, wird aber mit Rücksicht auf ihren niedrigen Zinssfuß von nur 3 1/2 Proz. bereits mit einem Kursabschlag notiert. Das ist durchaus begreiflich, weil das Kriegsgeld in Amerika nicht allgemein ist und weil die vielfachen anderen hochrentablen Anlagemöglichkeiten für Kapital den Besitz eines nur 3 1/2proz. Papiers nicht als besonders vorteilhaft erscheinen lassen.

Schiffahrtsgewinne.
„Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: „Konges Handels og Sjøfartsværing“ berechnet nach der Kriegsgewinnsteuer den Gewinn der norwegischen Handelsflotte im Geschäftsjahr 1916/17 auf 376 Millionen Kronen.

Zwangsabstinenz.
Der norwegische Finanzminister erklärte in einem Bericht über die Staatseinnahmen, es sei laun zweifelhaft, daß das gegenwärtig bestehende vorläufige Branntweinverbot sehr bald durch ein dauerndes Verbot abgelöst werden würde.

Auf der Tagung der Steinhandelsberufsgenossenschaft, die am 19. Juni in Berlin stattfand, wurde verlangt, daß vor Anlagen wegen Preistreibern praxisch erfahrene und nicht bloß theo-

retisch vorgebildete Kaufleute gehört werden. — Die Erfüllung dieses Wunsches würde einen idealen Zustand schaffen, wenn nicht die Gefahr bestände, daß solche Sachverständige zu Anwälten der Preistreiber werden.

Berichtszeitung.

Arbeitsverhältnis eines Kriegsinvaliden. Daß eine gewisse Rücksichtnahme gegenüber einem kriegsbeschädigten Gehilfen am Plage ist, dafür sprach sich die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung aus. Die Drogenfirma Gebrüder Reutner hatte einen kriegsbeschädigten als Lageristen unter Bedingungen engagiert, zu denen sie unter den heutigen Verhältnissen schwerlich einen gefunden finden würde, nämlich zu 32 M. Monatsentlohnung. Der Gehilfe hatte sich im Felde ein schweres Verbleiden zugezogen und blieb, als es sich besonders schwer bemerkbar machte, einen Tag vom Dienst fern. Die Folge dieses einmaligen Fehlens war die sofortige Entlassung. Der Bericht begründete dies die Beklagte noch damit, daß der Kläger 2. dem Prinzipal, der den angeblich erkrankten 2. befehlen wollte, nicht öffnete, und daß er kein ärztliches Attest einreichte. Der Kläger hingegen mocht geltend, er wollte am zweiten Tage den Arzt aufsuchen, ging dann aber, da die Schmerzen nachließen, wieder ins Geschäft. — Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte antragsgemäß zur Zahlung des Gehalts bis Ablauf der Kündigungsfrist. Nach der kriegsbeschädigung sei, so begründete der Vorsitzende, Magistratsrat Tesow, das Urteil, die Arbeitsfähigkeit an dem einen Tage durchaus glaubhaft. 2. brauchte auch den Chef nicht in die Wohnung zu lassen, er wollte vielleicht damit einer unliebsamen Szene in seinem Kämmer und damit einer Verschlimmerung seines Verbleidens vorbeugen. Aus einem einseitigen Fehlen sollte auch ein Arbeitgeber nicht gleich einen Kriegsfall machen.

Das nächste Meuteur eines Türken, bei dem diesem eine Briefstache mit 8000 M. Inhalt verständig und bei dem eine falsche „Frau Hauptmann“ eine Rolle spielte, beschäftigte die dritte Strafkammer des Landgerichts II als Berufungssakanz. Wie seinerzeit schon berichtet, hatte ein hier in geschäftlichen Angelegenheiten weilender Türke aus Konstantinopel in einem Lokal im Westen die unberechtlige Dango Gortolowski kennen gelernt, eine vierzehnjährige Tochter, die sich „Frau Hauptmann H.“ nannte und in der Rosenheimer Straße eine fünfzimmrige Wohnung besaß. Es entspann sich dann im Lokal ein Verhältnis, das in der Wohnung der Frau Hauptmann seine Fortsetzung fand. Als der Türke am nächsten Sonntag die Wohnung mit noch wüstem Kopfe wieder verlassen hatte, vermehrte er seine wohlgepuderte Briefstache, die den ganzen Umständen nach bei der Frau Hauptmann geblieben sein mußte. Seine Verurteilung, von der Genannten, deren Adresse er in dem Lokal schließlich erfahren, die Briefstache mit dem Gelde herauszubekommen, waren vergeblich und so erstattete er Anzeige. Die Folge war, daß das Schöffengericht Berlin-Schöneberg die Beschuldigte wegen Diebstahls zu drei Jahren Gefängnis verurteilte. Gegen dieses Urteil legte die Angeklagte, die total betrunken gewesen sein will, Berufung ein und die Strafkammer setzte das Urteil auf zwei Jahre Gefängnis herab.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.
Am Montag, den 18. Juni, verstarb unser Mitglied
Hermann Thiele.
Die Gedenkfeier findet heute Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium, Gerdichtstraße, statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Nachruf.
Ebenfalls am Montag, den 18. Juni, verstarb unser Mitglied
Wilhelm Ahrendt.
Ehre ihrem Andenken!
66/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Fritsche
Döppler Str. 33
am 19. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Labor-Archives in Wilmersfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
176/19 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Sage allen Freunden und Bekannten, dem Schwimmverein Charlottenburg und den Hausgenossen für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Luise Schmidt
meinen herzlichsten Dank. 1918
Franz Schmidt.

Pracht-Modelle!

Entzückende Kostüme
Pracht-Modelle, Kammgarn, Tuch, Seide, Schöpfungen erster Meister
300,- 250,- 200,- 150,-
Reiche Seidenkostüme
120,- 100,- 75,- 64,-
Leinwandkostüme, Kränzelstoffkostüme
85,- 65,- 45,- 24,-
Futarkoper (Coverkot-Mäntel), glatt mit Steppereim
125,- 105,- 90,- 75,- 65,-
Kurze, nette Taftjacken, für jeden Rock passend
75,- 65,- 50,-

Setagummin (Seidenmäntel),
gesattelt geschlitten, imprägniert, wundervolle Formen, prachtvolle Farbenstellungen
180,- 160,- 140,- 120,-
Staubmäntel aus gediegenen Stoffen, teils aus Friedenszeiten
65,- 45,- 35,- 20,-
Schwarze Seiden-Setagummin, auch für stärkere Figuren
120,- 100,- 85,- 65,- 45,-

Plüschmäntel
Herzliche Phantasie-Stücke, Seidplüsch, Seidenplüsch, Astrachan
300,- 250,- 200,- 150,-
Kurus einzelnes Plüsch-jacketts 75,-
Passendes für stärkste Figuren.

Polzmäntel
Wundervolle neue Modelle, aus Schönste auf dem Gebiete, Seid, Elektrisch, Pohlen, Bismar, Persischer
2000,- 1800,- 1500,-
Phantasie-Polzmäntel
800,- 600,- 575,-
Sonntags geöffnet 8-10 Uhr.

Ulster
Praktische, mollige Quantitäten, Stoffe teils aus Friedenszeiten
100,- 75,- 50,- 85,-
Auswahlentungen nach außerhalb

Westmann

I. Geschäft: Mohrenstr. 57a. II. Geschäft: Große Frankfurter Str. 115.
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Cigarren, Cigaretten, Kautabake
Ernst Borch, Elasserstr. 21.
Akkohefr. Getränke
Franz Abraham
Ruh-Mosina u. Sommertrank-Kell. C. 25 Barthele, 24, Fernsp. Kgt. 12700
Bade-Anstalten
Neukölln
Anzengruberstr. 25.
Koppenstr. 33
sämliche Bäder.
Passage-Bad
Kottbusser-Damm 19.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäder- u. Kuppelstätten
Oskar Hanke's Brotback.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.
F. Klosewetter, Schreibensstr. 14.
G. Meier, Grödenstr. 22.

Erscheint 2 mal wöchentlich.
Otto Wolff, Treptow, Krübit. 15
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 13a
Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Straßauer Str. 54.
E. Kraus, Krenzdamstr. 54.
A. E. Lange, Brunnenstr. 164
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
15 eigene Filialen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Essigfabriken
Timmer-Essig
Überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gerlach, Potsdamerstr. 21
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 24
Herren- u. Knaben Gard.
Badstr. 24, Ecke
Prinzen-Allee
J. Baer
Leske & Sipecki, Schöf.-Allee 7
Rosenthalerstr. 3.
Fabisch & Co. Eckhaus Linienstr.
Kolonialwaren
Adam Schmitz, Schönewasserstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 11. Kottbusser-
Röhmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.
Mahlhandlungen
Bethke, Georg,
Kuliser-
straße 44-
Seefeld, Weststr. 31, Kaiser-Prisd.
Str. 64, Wasserstr. 123, Friedelstr. 21
Treptow, Grün-Str. 41.
Gaede, Otto
Charlotten-
burg.
Wrasowstr. 75
Ecke Currystr.
F. W. Sichter
Nähmaschinen
Bellmann, E.,
Gollnowstr. 24
Nähmaschinen

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Hüte, Hülsen, Polwaren
Vester, E.
Kottbusser-
Damm 18/19
Kurz-, Weiß-, Woll-, Tüllkotz.
Hermann Meyer, Schönewasserstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht
80, Kottbusserstr. 2.
auch Gelegenheitskz.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte

Hugo Boling
80 Filialen in allen Stadtteilen.
**Herm. Meyer & Co., Act.-
Ges.**
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
Berl. N.W. 21 Alt Moabit
Altster und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb
Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl Noll, Bernstr. 14
Schreibwaren
O. Prochnow, Mühl. Str. 21
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 49
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Sterbelassenversicherung, Straße 3.
Spandau
Schweizerstr., Spandau, 11. Juli, 1918.

Groß-Berlin

Berliner Lebensmittelnachrichten.

In der kommenden Woche dürfen zunächst auf die vier weißen Abchnitte 61d und 61e der Kartoffelkarte je 1/2 Pfd. Kartoffeln, zusammen also höchstens zwei Pfund Kartoffeln entnommen werden.

Auf die Kartoffelzusatzarten dürfen 2 Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Wer auf die Zusatzarten Kartoffeln nicht zu erhalten vermag, ist berechtigt, für jeden Kartenabschnitt über 1/2 Pfund Kartoffeln ebenfalls 50 Gramm Gebäck, also zusammen höchstens 200 Gramm Gebäck zu entnehmen.

Verbot der gewerblichen Pflanzenmehrfabrikation.

Die zulaufende Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen hat mit Zustimmung des Bevollmächtigten des Reichsanwalters durch neuere Bekanntmachung jede Art der Herstellung von Pflanzenmehl zum Zwecke des Absatzes und jeden Abschluss von Verträgen über Herstellung und Lieferung von Obstkonserven, insbesondere Apfelkonserven, ohne ihre Genehmigung untersagt.

Wohlfüberlegte Preispolitik.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt: Durch mehrere Zeitungen ging die Nachricht, daß die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen für reine Marmelade und für Kriegsmehl Abereinverständnis 60 Pf., für mit Nüssen gestreckte Südkrustmarmelade dagegen 90 Pf. je Pfund gefordert habe.

Die Personenaufnahme für die Verteilung der Lebensmittelkarten.

Die bisher als Unterlage für die Lebensmittelkartenverteilung dienenden Hauslisten bedürfen einer Ergänzung. Zwecks schärferer Kontrolle sollen in Zukunft alle Haushaltsmitglieder namentlich aufgeführt werden, so daß es leichter möglich ist, Veränderungen im Haushalt (durch Fortzug, Heirat, Tod, militärische Eingliederung usw.) sofort zu erfassen.

Die ordnungsmäßige Ausfüllung und mit der Versicherung der Richtigkeit versehenen Kartenblätter hat der Haushaltsvorstand am Montag, den 25. Juni, seinem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter zu übergeben.

Die ordnungsmäßige Ausfüllung der Kartenblätter liegt im eigenen Interesse jedes Haushaltsvorstandes und der gesamten Bevölkerung, da die Kartenblätter in Zukunft die Unterlage für die Zuteilung familiärer Lebensmittelkarten an den Haushalt bilden werden.

Bringt eure Invalidenarten in Ordnung!

Wiederholt haben wir an dieser Stelle auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ansprüche an die Invalidenversicherung hingewiesen. Am 30. Juni nach Schluß der Postkassette werden die bisher im Verkehr gewesenen alten Duitungsmarken eingezogen und nur noch die ab 1. Januar 1917 gültigen verfaßt.

gezahlt, wenn die Ehefrau beim Tode ihres Mannes selbst mindestens 200 Markten geleast hat. Mitunter fehlen nur noch einige Markten an der Antwortschaft. Darum prüft!

An unsere Leser!

Wiederholt erhalten wir Klagen über verspätete oder unregelmäßige Zustellung des „Vorwärts“. Sehr häufig wird darin der Drucker, der Expedition, den Expedienten die Schuld beigemessen.

Die allgemeinen im Zeitungsweesen ist, zeigt auch nachstehender Kurst, zu dem sich das „Berliner Tageblatt“ heute geäußert hat:

Die Kriegszeit hat den gegenwärtig für alle Bewusstseinsverantwortlichen gemacht. Aber während der Einwand „Es ist Krieg“ jedem als Entschuldigung dienen soll, will der Zeitungsleser ihn für die Zeitung nicht gelten lassen.

Wir dürfen daher unsere Abonnenten wohl um Nachsicht und Geduld bitten.

Aus dem Hauptausschuß der Nationalstiftung für Hinterbliebene - Bezirksverband Berlin.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses wurde durch den Vorsitzenden Stadtrat Dörflein ein kurzer Tätigkeitsbericht erstattet. Aus demselben ist hervorzuheben, daß seit dem 21. Oktober 1916, an welchem Tage der Hauptausschuß seine Tätigkeit aufnahm, bis 31. Mai 1917 848 Fälle, also im Durchschnitt wöchentlich 809, anhängig gemacht worden sind.

Die Schulverhältnisse der aufs Land überwiesenen Kinder

behandelt ein Erlaß des Unterrichtsministers. Es wird darin darauf aufmerksam gemacht, daß für die Regelung dieser Schulverhältnisse die für den Unterbringungsort zuständigen Schulbehörden maßgebend sind.

Die Erfolge der Berliner Gemeindeschule.

Die Schuldeputation der Stadt Berlin veröffentlicht in ihrem Jahresbericht über das Schuljahr 1915/16, den der Magistrat jetzt bekanntgibt, die alljährliche Statistik der aus den Gemeindeschulen nach vollendeter Schulpflicht entlassenen Kinder.

weist in ihrem Bericht darauf hin, daß auch die vor Erfüllung der Schulpflicht mit Dispensation entlassenen Kinder - 2327 in 1915/16 - sämtlich schon die Oberstufe besucht haben müssen.

Die preussische Verwaltungsreform und die Städte.

Unterstaatssekretär Drews, der königliche Kommissar für die Vorbereitung der preussischen Verwaltungsreform, hatte den Vorstand des Preussischen Städtebundes um Mitteilung seiner Wünsche zur Verwaltungsreform gebeten.

Dem Arbeitsnachweise der Stadt Berlin wird zum 1. Juli eine besondere Fachabteilung für das Verkehrs-, Handels- und Transportgewerbe angegliedert.

Dem Arbeitsnachweise der Stadt Berlin wird zum 1. Juli eine besondere Fachabteilung für das Verkehrs-, Handels- und Transportgewerbe angegliedert werden.

Eine Ergänzungs- und Förderklasse ist an der städtischen Baugewerkschule zu Berlin, Kurfürstenstr. 141, eröffnet worden.

Eine Ergänzungs- und Förderklasse ist an der städtischen Baugewerkschule zu Berlin, Kurfürstenstr. 141, eröffnet worden, in der wochentags nachmittags von 2-7 Uhr unterrichtet wird.

Zur Lichtinschränkung hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet.

Zur Lichtinschränkung hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet: Die Beleuchtung ist im allgemeinen auf ein Drittel der vorgezeichneten Stärke herabzusetzen.

Die Ablieferung getragener Uniformen erfolgt, wie die Reichsbekleidungsstelle mitteilt, noch immer nicht in dem Maße, wie es im Interesse unserer Kriegswirtschaft wünschenswert erscheint.

Die Ablieferung getragener Uniformen erfolgt, wie die Reichsbekleidungsstelle mitteilt, noch immer nicht in dem Maße, wie es im Interesse unserer Kriegswirtschaft wünschenswert erscheint.

Mittellose Kindesführung.

Mittellose Kindesführung. Der Gastwirt Meyer aus der Belgierstraße 47 zu Schöneberg, hat eine erwachsene Tochter und ein Stöckchen Georg, das erst 2 1/2 Jahre alt ist.

Der Kleine ist ein 85 Centimeter großes hellblondes, lebhaftes Kind mit braunen Augen, kräftig entwickelt. Er trug einen weichen, oben rot gefärbten Hut und eine weiße Hose. Die Entführerin ist mittelgroß und voll, hat braunes geschlehtes Haar und lange braune Augenwimpern. Sie trug einen blauen Cheviotrock mit schwarzer, eine weiße Mütze mit verzierten Blumen und langen Wimpern, und sprach Berliner Mundart.

Streifenbahnzusammenstoß. Am Montag lag sich am Donnerstagabend ein Streifenbahnzug der Linie 58 mit einem der Linie 12 zusammen, wobei mehrere Personen Schaden leichter Art erlitten haben sollen. Zwei Anhängewagen entgleisten. Der Verkehr erfuhr eine halbstündige Unterbrechung. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt. Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, soll eine Schifferin fast 12 Stunden — bei der großen Hitze — Dienst getan haben.

Tempelstöße an der Arbeit. Am 20. und 21. dieses Monats entstanden Tempelstöße in der Zeit von 1 bis 3 Uhr nachmittags aus mehreren Häusern der Heinersdorfer und Greifswalder Straße eine Anzahl Treppenkäufer im Werte von mehreren Hundert Mark. Der Schaden wurde erst bemerkt, als die Tische längst außer Schmeide waren. Es müssen mehrere Personen gewesen sein, die sich zusammen in die Hände arbeiteten. Es wäre zu wünschen, daß die Anwohner der genannten Straßen ein wenig auf die in den Häusern ein- und ausgehenden Personen achteten, sonst könnte derartige am helllichten Tage nicht vorkommen.

Größter Fall in der Nacht zu Freitag um 10 Uhr in der Friedenstraße 46 aus bisher noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Es handelte sich um die Tischlerei von Kaluschke und eine andere Tischlerei in Klammern. Diese hatten, als die Beheerung schon vom dritten Stock aus das vierte Geschoss mit dem Dachstuhl erfaßt. In kurzer Zeit waren zahlreiche Stühle zur Stelle. Es gelang, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Der Dachstuhl mit dem dritten und vierten Stock des Fabrikgebäudes ist zum größten Teil mit den Vorräten ausgebrannt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Charlottenburg, Zerlegung der Metallsammlung. Die Metallsammlung Lützowstraße 15 wird heute nach der Turnhalle der hiesigen Elisabethschule, Kirchhofstraße 5, verlegt. Die Stelle ist von 9—2 Uhr geöffnet.

Schöneberg, Lebensmittelversorgung. In der nächsten Woche werden ausgegeben: vom Dienstag ab: 1/2 Pfund Griech auf Abschnitt 33 der grünen Lebensmittelkarte; vom Freitag ab: 1 Tasse oder 2 Flaschen Danernmilch oder 100 Gramm Milchpulver auf Abschnitt 33 der roten Lebensmittelkarte. Die Anmeldungen haben bis Dienstag, den 20. Juni, zu erfolgen. Ferner 1 Kilogramm Gemüseportionen auf Abschnitt 33 der roten Lebensmittelkarte, 1 Pfund Hafersubstitut auf Abschnitt 33 der grünen Lebensmittelkarte und 100 Gramm Puddingpulver auf Abschnitt 30 der roten Lebensmittelkarte für Jugendliche. Die Anmeldefrist darf nicht verkümmert werden, nachträgliche Anmeldungen finden nicht statt. Brot, Fleisch, Kartoffeln, Speisefett und Eier werden in den gleichen Mengen verabreicht wie in Berlin.

Spandau, Städtische Lebensmittel. Der Verkauf der städtischen Butter auf Feld III der Butterkarte hat begonnen. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 27 Pf. veranschlagt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 28. Juni, verliert Feld III seine Gültigkeit. Heute beginnt auf Feld VIII der Margarineverkauf. Auf jede Marke werden 50 Gramm zum Preise von 12 Pf. veranschlagt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 28. Juni, verliert Feld VIII seine Gültigkeit.

Weinikendorf, Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung beschloß, die bisher den Lehrern gewährte Teuerungszulage aufzuheben, da solche künftig vom Staat bezahlt werden soll. Nur in den

Fällen, wo die Betroffenen benachteiligt werden, soll das Minus durch die Gemeinde ausgeglichen werden. Die kürzlich erfolgte Verlegung einer Maschinenwebkompanie nach Reinickendorf zeitigte eine längere Aussprache. Es lag ein zwischen der Garnisonverwaltung und dem Gemeindevorstand abgeschlossener Vertrag zur Genehmigung vor. Der Vertrag räumt dem Militär die völlige unentgeltliche Verfügung über die 6. Gemeindegasse ein. Alle Kosten aus diesem „Miets“-Verhältnis wurden dem Eigentümer, der Gemeinde, aufgeladen, nicht einmal ein Termin für die Beendigung der eigenartigen Besitzergreifung war vorgesehen. Auf ihre energische Opposition erfuhr unsere Vertreter, daß diese Vereinbarungen einem Normalvertrage der Militärverwaltung entlehnt seien. Unsere Genossen versuchten, den Vertrag möglichst zu verbessern, lebten ihn aber im ganzen ab.

Die Senkung des Wasserpreises auf dem Gelände des Gemeindegewerkes zwingt zur Erweiterung der Rohrbrunnenanlage. Von allen Rednern wurde die zu späte Einbringung der Vorlage bemängelt, da die jetzt vorhandene Wassermenge an heißen Tagen nicht ausreicht und schwere Gefahren — z. B. bei Bränden — befürchtet werden müßten. Die Arbeiten sollen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die unerquicklichen Ernährungsverhältnisse führten ebenfalls zu einer längeren eingehenden Aussprache. Hier kam — wie der Bürgermeister erklärte — der Gemeindevorstand leider nicht helfen, denn es nichts vorhanden ist, kann auch die gewaltigste Gemeindevverwaltung nichts mehr verteilen. Leider dürften die Verhältnisse in den nächsten Wochen noch schlechter werden, die Gemeinden aber daran keine Schuld.

**Für den Soldatenbüchertag
Jeder etwas spenden mag.**

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Potsdam. Die am Sonntag abgehaltene Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm unter anderem Stellung zu dem bevorstehenden Parteitag und der Kreisgeneralversammlung. In einer recht regen Debatte wurde die Haltung der Partei und der Reichstagsfraktion in der Kriegs- und Friedensfrage einmütig gebilligt. Als Delegierter zu der Kreisgeneralversammlung wurde der Genosse Kirchner gewählt. Eine recht eingehende Aussprache knüpfte sich an den Bericht der letzten Gewerkschaftsvorstandskonferenz, welche vom Wahlverein der „Unabhängigen“ widerrechtlich einberufen war, um den Vorkrieg über das Lokal unseres Wahlvereinsvorstehenden Genossen Schaubert zu verhängen. Nach den von den Genossen Schaubert und Stahl geschickten Vorgängen ist das Verhalten einzelner Personen und die Beschlußfassung durch nichts gerechtfertigt und dürfte einzig dastehen in der Arbeiterbewegung. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 17. Juni tagende Versammlung der Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins Potsdam (S. D. P.) protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den Vorkriegsbeschluss der Konferenz der Vertreter des „Unabhängigen Wahlvereins“ und einzelner Mitglieder von Gewerkschaftsvorständen gegen das Lokal des Parteivorstehenden Genossen Emil Schaubert.“

Sie erklärt in diesem Beschlusse den Ausfluß politischer Unzulassung und Intoleranz sowie persönlicher Exzesse einzelner Personen der Leitung des Wahlvereins der S. D. P. gegen die Sozialdemokratische Partei. Sie bedauert auf das tiefste, daß organisierte Arbeiter sich ohne jeden stichhaltigen Grund und Beweismaterials zu einem derartigen Spiel gebrauchen lassen. Die Versammelten protestieren aber auch auf das entschiedenste dagegen, daß unberufene Personen sich anmaßen, derartige Beschlüsse zu fassen, ohne dazu befugt zu sein.

Die Versammelten erklären einen solchen, wider Recht und gegenständliche Beschlüsse verstoßenden Beschluß für sich nicht als bindend und fordern alle diejenigen Genossen und Gewerkschaftler Potsdams und Groß-Berlins auf, die sich nicht mit einem derartigen frevelhaften Spiel und Treibereien einverstanden erklären wollen, nach wie vor in unserem Parteilokal „Friedrichsplatz“ weiter zu verkehren.

Die Leitung des Kreiswahlvereins Osthavelland (S. D. P.) wird hiermit beauftragt, bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Schritte zu unternehmen, um derartige Exzesse, die mit den Interessen der Gewerkschaften nichts zu tun haben und dieselben aufs schwerste schädigen, in Zukunft unmöglich zu machen.

Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

A. N. 13. Ihre Frage ist bereits in der Nr. vom 10. Juni beantwortet, nur durch einen Druckfehler ist die Antwort unter A. N. 13 erfolgt. Wenn der Sohn für den Unterhalt der Eltern wesentlich beizutragen hat, kann im Bedarfsfall die Wohnung gekauft werden. — **Usteröwne.** Zum Besuche der Altersrente muß das 65. Lebensjahr vollendet sein und 100 geklebte Marken nachgewiesen werden. Für die Zeit, die der Betreffende nach Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1901 über 35 Jahre alt war, werden ihm für jedes Jahr 40 Marken als Geldbeitrag angerechnet. — **N. A. 2917.** Wenden Sie sich zunächst mit einer Beschwerde an die Direktion des Kranenbauwerkes. — **G. Weiser, Kaufmann.** Wachen Sie dem Streikschlichter in Berlin-Schöneberg, Kropfel-Paulus-Straße 9, davon Anzeige. — **G. W. 53.** Sie müssen sich mit Ihrem Anliegen an Herrn Vorsteher wenden, von dem Sie nähere Auskunft erhalten. — **M. R. 100.** 1. Sie müssen der Steuerkasse davon Mitteilung machen, die Unterhaltung kommt in Kraftfall. 2. Nein. — **T. S. 27.** Von dem 750-Mark-Rabatt der Mutter erbt der Ehemann die Hälfte, die andere Hälfte erben die Kinder zu gleichen Teilen. Die Auszahlung muß erfolgen. — **P. R. 103.** 1. und 2. Wenn Ihnen die Fälligkeit auf Ihren Wunsch nicht herausgegeben wird, können eventl. Anträge bei der Staatsanwaltschaft gemacht werden. Sie würden das aber wegen des geringen Objekts nicht empfehlen. 3. Anstellung dazu erhalten Sie in unserer juristischen Sprechstunde. — **P. 44.** 1. Die Kasse ist im allgemeinen dazu nicht verpflichtet; sie könnte nur verpflichtet werden, wenn vom Akt ein Urteil vorliegt, in dem bestimmt wird, daß durch das Fehlen der Röhre Ihre Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. 2. Auch die Landesversicherungsanstalt ist dazu nicht verpflichtet; sie gewährt aber auf Antrag einen Teilbetrag. Der Antrag ist an die Landesversicherungsanstalt Berlin, Am Köpenicker Park 3, zu richten. — **Milch 10.** Ihre Begründung erscheint uns durchaus zureichend. Sie würden Ihnen empfehlen, sich mit einer Beschwerde an die Poststelle Groß-Berlin (Milk), Poststraße 16, zu wenden.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Weitere Abkühlung; zeitweise heiter, aber sehr unruhig mit öfter wiederholten Regenschauern; frühzeitig Gewitter.

<p>Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden Bei Einkäufen empfohlen.</p> <p>Drogen, Farben Benzkendorf, Rosa-Lothar, 19 Fleisch-u. Wurstw. Gutschmanns Centr., Wicker-Str. 149. Kolonialwaren M. Sangebarth, Strellow-Str. 57. Möbelmagazine Wiese & Co., Bismarckstr. 97 Tischlermeister</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten Besonders wünschenswert: Bei Einkäufen empfohlen.</p> <p>Butter, Eier, Käse P. N. Ackermann, 8 Filtalen 8 Möbelhandlung Königsberger Joh. Pleisch, Straße 26-27 Photograph. Ateliers Joh. G. Zeschke, Andreas-Str. 28 & Andreasstr. Warenhäuser Hamburger Warenhaus Max Fleminck Noll-Str. 11, Vorv.-Lsg. erb. 3*</p>
--	--

Warenhaus Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse * BERLIN N. * Chausseestrasse 70-71

Porzellan, Glas u. Wirtschaftswaren * Porzellan, Glas u. Wirtschaftswaren

Porzellan, bunt	Porzellan, bunt	Glas	Wirtschaftswaren
Kaffeesevice m. Goldr. f. 2 Personen 98 Pf.	Vorratsionen m. Delfdecor, Stck. 98 Pf.	Kompottnäpfe ^{rand} 13 28 33 45 65 Pf.	Briefkästen St. 98 1,25 1,95
Kaffeesevice bunt, 4 z Pers 98 1,25 1,65	Flaschen f. Essig od Oel . . . Stck. 98 Pf.	Kompottnäpfe ^{St.} 25 48 75 98 1,25	Leitungsschoner, dekoriert . . . St. 2,65
Kaffeesevice bunt, f. 6 Personen 3,25 4,50 5,95	Nesten (für Salz od. Mehl) . . . Stck. 1,95	Teller St. 13 18 Pf.	Consol f. Sand, Seife, Soda, dekoriert . . . 2,35
Kaffeeteller bunt, Stck. 18 20 28 Pf.	Milchtöpfe, Delfdecor, Satz 6 Stück 2,95	Butterglocken St. 65 Pf.	Kehrschaukel St. 75 98 Pf.
Tassen m. breitem Goldband . . Paar 38 Pf.	Gewürztonnen, . . . Satz 6 Stück 1,95	Käseglocken 1,25	Reibeisen m. Holzrahmen . . . St. 75 Pf.
Tassen bunt, verschied. Decore, Paar 33 38 Pf.	Porzellan, weiss, mit kl. Fehlern.	Zuckerschalen 42 Pf.	Backformen St. 20 25 30 Pf.
Marmeladendosen m. Fruchtdecor, Stück 75 Pf.	Tassen verschied. Formen . . Paar 12 Pf.	Eiscompots auf Fuß 1,65	Backformen, Rebrücken . . . St. 98 1,25
Butterglocken verschied. Decore, Stück 75 98 Pf.	Milchtöpfe ^{verahied.} 10, 15, 20, 28, 48 Pf.	Eisschälchen auf Fuß 38 Pf.	Tortenbleche St. 98 1,15 1,35
Milchtöpfe bunt, klein . . . Stück 18 Pf.	Zuckerdosen ^{verahied.} Form. St. 28 Pf.	Biertulpen Gambrinus Stück 48 Pf.	Reisekocher St. 1,25
Milchtöpfe bunt, gross . . . Stück 65 75 Pf.	Kaffeekannen ^{versch.} Form. St. 18 38 48 75 Pf.	Bierkannen Gambrinus Stück 2,95	Kammkästen, weiss gestrichen St. 98 Pf.
Kuchenteller bunt Stück 48 65 75 Pf.	Speiseteller, tief und flach Stück 28 Pf.	Weingläser weiss und grün . Stück 48 Pf.	Fussbänke, weiss gestrichen . . St. 1,65
Kaffeekannen m. Rosenkante St. 75 98 1,25 1,65	Mittelteller St. 18 Pf. Compottell. 10 Pf.	Süssweingläser Stück 38 Pf.	Putz- od. Wichskästen, weiss gestr. St. 1,65
Milchtöpfe mit Rosenkante St. 48 65 Pf.	Terrinen, verschied. Formen, St. 98 Pf. 1,45	Weinrömer glatt . . . Stück 38 65 Pf.	Besteckkästen, weiss gestr. . . St. 98 Pf.
Zuckerdosen mit Rosenkante St. 42 60 75 Pf.	Kartoffelschüssel, versch. Form., St. 1,25	Weinrömer graviert . . . Stück 48 75 Pf.	Küchenkonsole, weiss gestr. St. 1,25 1,65
Tassen hoch und niedrig, mit Rosenkante Pf. 38 Pf.	Bratenplatten, oval, Stück 75 98 Pf. 1,25	Weinrömer m. Goldr. Stück 98 Pf.	Kleiderleisten, hell u. dunkel . . St. 1,35
Salatnäpfe bunt . . . Stück 25 65 75 Pf.	Gemüseschüsseln, rand . . . 75 Pf.	Bowlentassen cristall, optisch Stück 48 Pf.	Fussbänke St. 1,45
Salatnäpfe mit Randdecor Satz 7 St. 1,75	Beilageplatten Stück 38 Pf.	Bowlentassen m. Goldr. Stück 2,25 3,25	Tischläufer, Holzstäbchen . . St. 48 55 Pf.
Milchtöpfe mit Goldband Satz 5 St. 98 Pf.	Obertassen, dick, für Restaurateure, 12 Pf.		

Einkochapparate **Einkochgläser** **Einmachehafen** von 1/4 bis 5 Liter. **Einkochbüchsen**

Nächtliches Wandern.

Johannistag, Lichtfeste des Jahres! Alle erdgeborene Kraft ist in der Fülle des Blühens...

Nach glüht vom Westen der Abendstern, der Sonne gefolgt. Dann sinkt auch er. Nachts fühlte weht die Schläfe an...

Wir feiern ein Fest des Menschseins. Ein Fest der Gleichheit. Gleiche Freiheit, gleiches Mühen. Der Tag zieht den Blick nach außen...

Die Nacht ist heller als der Tag. Eine Sonne nur durchflutet tags die Luft mit ihrem Licht. Nachts leuchten tausende. Sowie Sterne, soviel Sonnen...

Nachts ist das Auge frei. Ohne Schranken sinkt der Blick ins Tiefe, Dunkle, Grenzenlose. Ins Unendliche. Was ist das — „unendlich“?

Starrschere auf Sternscheere hebt der Osten empor. Kreisend gleiten sie zum Westen. Und verjähren. Größte Gesetze zeigen sich in allem Bewegten lebendig.

Die Menschen schwimmen alle im Strom. Keiner hat die Quellen gesehen. Die gleichen Wellen sind's, die dich heben und senken...

Der Tag trennt. Sein Licht beleuchtet Gegensätze. Hier ist Freude, dort ist Leid. Hier sind Freie und Herren, dort Unfreie und Dienende...

Der Tag bindet. Er ist vielkönig, tausendfarbig. Er dringt auf dich ein. Er festet ans Sollen.

Die Nacht löst. In der Stille wacht Bekümmerte auf. Wachen hat seine Zeit, und Besinnen hat seine Zeit. Darum wandern wir nachts.

Der Tag läßt. Dem tags sieht man nur die Erde, nachts die Welt. Der Tag zeigt das Zufällige, das Kleine, das Vergängliche, was uns trennt...

Ihn rein zu halten, seiner Klar und fest zu werden — das ist der Sinn des Wanderns in Nacht und Stille. Dann mag der Tag kommen, an dem es heißt: zu wachen.

Ein Land, das nicht unter dem Kriege leidet.

Daß es auf der Welt noch ein Land gibt, das nicht unter dem Kriege leidet, dürfte nicht allgemein bekannt sein, aber es gibt einen solch glücklichen Flecken Erde...

Grönland — sagte er — ist wohl das einzige Land, das nicht vom Kriege betroffen wird. Alles geht dort seinen gewöhnlichen Gang und obwohl zwei Zeitungen erscheinen und auch gelesen werden...

Es handelt sich hier nicht etwa um Eskimos, die noch im primitivsten Zustande leben und aus diesem Grunde die europäische Kultur und einen europäischen Krieg nicht erfassen können...

Aber die Grönländer sind nicht mit den Uebeln behaftet, die die europäische Kultur kennzeichnen. Man kann nicht nach Grönland gehen, wie man beispielsweise in Friedenszeiten in Europa von einem Land ins andere reist...

Der gesamte Handel Grönlands wird von der dänischen Regierung nach dem Grundgesetz geleitet, dem Lande abzulaufen, was es entbehren kann, und zuzuführen, was es braucht...

Wie ich sagte, bin ich der erste Verwaltungsbeamte in Grönland und ich erhalte meine Befehle vom Minister des Innern und Kultusminister, denn die Kirche untersteht auch meiner Aufsicht...

Alle Bewohner gehören zur lutherischen Kirche und es gibt un-

gefähr 15 Geistliche oder Missionäre, die in Dänemark ausgebildet sind. Die Grönländer reden ihre eigene Eskimosprache; nur einige Hundert verstehen Dänisch...

Es zehren kennt man nicht. Das Geld für geleistete Arbeit wird nach festgesetzten Preisen bezahlt und von dem, was wir bezahlen, behalten wir 20 Prozent zurück für die nötigen Ausgaben...

Eine Polizei ist ebenfalls nicht vorhanden, denn diese haben die Grönländer, ein friedames Völkchen, nicht nötig. Falls eine Uebertretung bestraft werden muß, so erfolgt dies durch das Bezirkshaupt...

Zum Schluß erzählte Dr. Jensen noch einiges über die Geschichte Grönlands. Im Jahre 984 hatte ein Mann auf Island, Erik der Rote genannt, ein Verbrechen begangen...

1002 aung der Sohn Erik des Roten nach Amerika. Er landete wahrscheinlich (?) an der Stelle, wo jetzt New York liegt und man sagt, daß Kolumbus, bevor er nach Amerika fuhr, viel von dem Lande, das er entdecken wollte, von den Portugiesen gehört hatte...

Viele Jahrhunderte lang, ungefähr vom Anfang des 16. bis zum 18. Jahrhundert gab es aus verschiedenen Gründen keine einzige Verbindung zwischen Skandinavien und Grönland...

Deutsches Opernhaus: „Nanon“.

Ein Complet: „Anna, zu dir ist mein liebster Gang“ wird bei älteren Theaterbesuchern die Erinnerung an „Nanon“, als eine der während der heftiger, achtziger Jahre und noch etwas später bekanntesten Operetten wachrufen...

Dem Werk wurde eine recht gute Aufführung zuteil. Die Hauptrolle nebst einigen Seitenpartien, mit Einschluß des Chors und des Ballets, sind sorgsam betreut.

Der starke Mann.

Eine Schweizerische Offiziergeschichte von Paul Hg.

„Ja, da sieht man's!“ brumnte der Geseierte dazwischen und warf den Kopf energisch gegen das Fenster hin. Seine Gattin hingegen vergoß derweilen die schönsten Tränen des Menschenherzens...

„Denn die große Aufgabe des militärischen Erziehers.“ kam Oberst Crismann zum Schluß, „beruht eben darin, nicht den billigen Kadavergehorsam, sondern den Vernunftgehorsam herbeizuführen, dem Jüngling die Augen zu öffnen für die Notwendigkeit vollkommener Unterordnung und den dauernden Gewinn, den er selbst in der freudigen Erfüllung seiner Pflichten davonträgt.“

„Aber wer begeisterte Schüler will, Ihr Herren Leutnants, muß selber durchdrungen sein vom Gedanken an ein gemeinsames Vaterland. Nicht die Allweltsbrüder, die von Völkerbünden und ewigem Frieden schwärmen, sind die schlechtesten Bürger, sondern die Streber und Kleber, die Wichtigtuer und Profitjäger im Lande, die dem Vaterland angehören wie Ding und Stanz ihren Vereinen: nämlich der guten Rundschaft halber! Für die Gemeinschaft, deren Geist und Verfassung diesen ein Buch mit sieben Siegeln ist, leisten sie das Unumgängliche mit Hängen und Würgen; wie sie darüber hinaus zu fördern und zu heben wäre, macht ihnen hingegen wenig Kummer.“

Geschäftsmacher, denen nur die Bilanz heilig ist, stärker auch als die ewige Zwietracht der Rassen und stärker als jener heillose Geist der Entfremdung, der Tausende in ihren Grundgefühlen wankend macht, ist im Volke immer noch die Liebe zur Heimat, zu ihren Bräuchen, ihren Rechten, ihrem Herkommen. Was auch für Gefahren kommen mögen — soviel steht fest: das alte „Einer für alle — alle für einen“ ist heute noch der zündende Funke in des Schweizer Brust. Und warum? frage ich. Weil wir begreifen und fühlen, daß kein Volk der Erde edlere Güter zu wahren hat als die Nation der Eidgenossen. Die Spreu im Wind werden die fleischlichen Zerwürfnisse und Sonderbündeleien zerfliegen, sobald es im Ernste gilt, unser Haus, unsere Rechte zu verteidigen. Bereitschaft ist alles. Wir kümmern uns so wenig um die politischen Bettelmaden wie um die Weltfriedensschalmeien. Gewehr bei Fuß — bewachen wir unser Haus. Freund und Feind soll wissen, daß wir jeden Einbrecher mit Kolben lausen. Dazu brauchen wir eine Armee. Und an dieser soll nicht gerüttelt werden. Ohne Waffen kein Friede, ohne Armee kein Vaterland! Wer mit mir dieses Glaubens ist, der möge sich erheben und einstimmen in den Ruf: Unsere Armee, unser Vaterland lebe hoch!“

Aber wie nun alle begeistert aufsprangen, der Lufsch des Orchesters dreinklang und die Schar der Saalköcher in Landesstrahl mit dampfenden Schüsseln hereinströmte, geschah das, was niemand mehr gewünscht hatte. Ein gut gezielter Wurf traf die Mitte der langen Fensterfront. Unter dem Klirren der Scherben und dem Ausschrei der Damen flog der Stein über die Tafel ins Orchester hinein. „Bravo! Weiter im Text!“ hörte man die Menge drunten brüllen. Und dann karrte eine Scheibe, ein Doppelfenster nach dem andern. Vom großen Leuchter regneten Splitter einer zerquetserten Glode auf die Köpfe herab. Entsetzt stöhnten die Damen, alles im Stiche lassend, ins Innere des Hauses; auch die Offiziere verließen langsam ihre Plätze. Eilige suchten die Garderobe auf, um wenn nötig mit dem Degen in der Hand dem weiteren Gang der Dinge entgegenzusehen. Der Präsident hatte dem vor Angst freibleichen Wirt, der sich wohl schon am obersten Balken seines Hauses aufgehängt sah, Befehl gegeben, das Licht abzuschalten, so daß der eben noch von Glanz und Gläserklang erfüllte Raum plötzlich in eine dunkle Trümmerstätte verwandelt schien. Stühle lagen umgeworfen, Serbetten zerstreut, während auf den Tischen noch die warmen

Gerichte dampften. Die Musikanten beeilten sich, ihre Instrumente und Köpfe in Sicherheit zu bringen. Nur einige Aufwärterinnen, denen das schöne Geschlecht leid tat, erwiesen sich als würdige Töchter Tellis, indem sie mit schnellen Griffen und Sprüngen retteten, was zu retten war.

Um weiteres Unglück zu verhüten, beschlossen die im Treppenhaus versammelten Senioren, das Fest aufzugeben. Die Jungen flogen schon mit Belzen, Tüchern und Mänteln treppauf, um ihre schutzbedürftigen Tänzerinnen unberührter Dinge durch die Hintertür ins Freie und nach Hause zu geleiten. Das mußte geschehen, bevor der Volkshaufe sich auflöste und alle Straßen unsicher machte. An Wagen war nicht zu denken.

Oberleutnant Zenggenhager befand sich unter den Letzten, die den Saal verließen. Gestachelt von dem Gedanken, diese Ausschreitungen des Publikums hervorzurufen, das Fest regelrecht „geschmissen“ zu haben, dazu erbittert wegen der erlittenen Demütigung, gleich seine Seele einem kriegüberzogenen Land, wo eine Truppenmacht der andern weichen muß. Er füllte, wie die Sympathien, die ihm noch vor einer Stunde zuströmten, langsam versiegten. Es waren gewiß nur wenige, die ihm auch jetzt noch die Stange hielten, das heißt nicht ihn allein für den unglücklichen Ausgang des Festes verantwortlich machten. Hier trat wieder einmal klar zutage, daß der Erfolg einer Sache für das Urteil der Leute ungleich entscheidender ist als ihr Ursprung. Es gab fast nur noch kummervolle oder wütende Gesichter. „Eine unerhörte Blamage!“ gestand einer dem andern; im Hinblick auf die Veranstalter immerhin mit dem angenehmen Nachgefühl: „Ich wätsche meine Hände...“ Selbst der friedliebende Oberleutnant Höll konnte nicht ohne einen Seitenhieb an seinem Gegner vorbeikommen: „Was habe ich Ihnen prophezeit, Herr Kamerad? Da sehen Sie nun die Bescherung! Ich glaube, mit Kaltwasser würden Sie jetzt auch nicht gerade gut abschneiden. Wenigstens möchte ich Ihnen nicht raten, die Sache selber in die Hand zu nehmen!“ rief er ihm mit höhnvoller Bemerkung zu.

Da in diesem Augenblick die Obersten Crismann und Hugentobler vorübergingen, ballte Zenggenhager all seine Empörung zusammen und erwiderte, so laut, daß auch die Vorgesetzten es hören mußten: „Wasser? Nein, Postbeutel, dafür bin ich auch nicht mehr. Jetzt gehören scharfe Patronen her, und eine Kompanie Fusiliere. Dieses Kommando übernehme ich mit Wonne!“ (Fortf. folgt.)

